Nr. 289 — Halle a. S., Mittwoch den 11. Dezember 1912 — 23. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.80 Mk. ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle: Nr. 849. Schriftleitung: Nr. 1047.

Volksblatt

Anzeigenpreis: beträgt für die 6gespaltene Nonpareillezeile ob. deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Reklamen, anderer Textzeile bis Seite 75 Pfennig.
Anzeigen müssen bis 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. — Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags ½12—½1 Uhr mittags.

Klassenbewußtsein und Klassenkampf.

I.

Unsere gegenwärtige Periode ist außerordentlich reich an scharfen Gegensätzen. Das ist vor allem der Fall bei den heutigen Aeußerungen der modernen Arbeiterbewegung. Immer gigantischer wird das Ringen derselben mit den ihr feindlichen Mächten. Aber was diesen Kampf der Klassen heute so eindringlich macht für die, die vor noch nicht allzu langer Zeit den Auseinandersetzungen der Arbeiter mit den Kapitalisten und dem Staat teilnahmslos gegenüberstanden, ist außer seiner immer größeren Entfaltung, das immer klarer vor Augen tretende Klasseninteresse als der Inhalt dieser Kämpfe. Die ideologischen Hüllen fallen mehr und mehr und der bisherige Indifferente auf beiden Seiten fühlt dunkel, wer alles durch den Ausgang des Kampfes in Mitleidenschaft gezogen werden wird. Es ist natürlich nicht sofort das allseitig vereinbarte Bewußtsein über Inhalt, Ziel und Tragweite des Klassenkampfes, das sich geltend macht. Aber der Klasseninstinkt findet heute leichter und schneller den Weg zum Bewußtsein der gesellschaftlichen Zugehörigkeit und den Klassenpflichten, wie dies noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Wie in so vielen Fällen, sind es auch hier die Angehörigen der Klasse der Ausbeutenden, die diesen Weg in kürzerer Zeit zurücklegten. Die feste Geschlossenheit der Unternehmer in ihren Verbänden ist der Beweis. Die Art der Kampfesführung durch Unternehmer und staatliche Organe gegen die Arbeiter ein weiteres und sehr beredtes Beispiel dafür.

Leider gab der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier aber auch ein Beispiel dafür, wie ungeheuer schwer es ist, den Arbeiter, trotz der Wichtigkeit des heutigen Anschauungsunterrichts, durch die egoistische Interessenwahrnehmung der Besitzenden und der daraus keimenden Vorstellung der Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse zum gemeinsamen Handeln gegen diese Ungerechtigkeit zu bewegen.

Wohl pochen auch die Arbeiter, die bei diesem schweren Kampf mit als Arbeitswillige, als Konkurrenten ihrer Berufsgenossen aufgetreten sind, auf ihr Klassenbewußtsein. Als Zeichen für den Besitz dieser Eigenschaft zeigen sie in bedauernswerter Naivität auf den Bestand ihrer Organisationen. Aber das Klassenbewußtsein der christlichen Arbeiter ist nur ein leerer Begriff. Es fehlt ihm der Inhalt, wie er nur durch den wissenschaftlichen Sozialismus und von dem proletarischen Klassenbewußtsein gegeben werden kann und seine Konsequenz in der Idee des Klassenkampfes findet. Beide, Klassenbewußtsein und Klassenkampf, stehen in engster Beziehung zueinander und das eine ist nichts ohne das andere. Wohl kann das erstere allein auftreten; aber nur für eine bestimmte Zeit als Vorstadium zur Erkenntnis der Notwendigkeit des letzteren. Die bewußte und überzeugte Ablehnung des Klassenkampfes zeugt gegen die Art des Bewußtseins als proletarisches Klassenbewußtsein.

Klassenbewußtsein ist nur das Bewußtsein, Angehöriger einer bestimmten Gesellschaftsklasse zu sein, in diesem Falle der Arbeiterklasse. Mit dieser Erkenntnis ist aber für die kämpfende Arbeiterklasse noch nichts erreicht. Auch der Zusammenschluß in Organisationen ist für den proletarischen Emanzipationskampf ohne Vorteil. Ja, diese Arbeiter können zum Hemmschuh, zu großen Hindernissen für ihre kämpfenden Klassengenossen werden, wenn sie nicht zu der Erkenntnis fortschreiten, daß sie ausgebeutet werden und vereint mit ihren Arbeitsbrüdern gegen diese Ausbeutung kämpfen müssen. Diese Erkenntnis ist es, die den Gedanken der Solidarität in sich birgt, die Idee der Einheitsorganisation der im gleichen Berufe Beschäftigten.

Das religiöse Empfinden der christlichen Arbeiter hinderte bisher den freien Ausblick auf diese Notwendigkeit. Jetzt ist aber der dichte Vorhang, der die wirklichen Interessen und Triebkräfte der Zentrumspolitik und somit der christlichen Gewerkschaften vor den profanen Augen der christlichen Arbeiter verhüllte, in seiner ganzen Länge zerrissen; sie müssen jetzt die Gegensätzlichkeit zwischen ihrem Wohl und dem der Macher und Leiter der Zentrumspolitik erkennen. Denn die Ideen, auch religiöse, können die Menschen nur bis zu einem gewissen Grade beeinflussen. Wenn sie den materiellen Interessen dieser Menschen entgegenstehen, verlieren sie an einem bestimmten Punkt jede Gewalt über sie, weil eben die materiellen Interessen die Beweger der großen Menschenmassen, der Klassen, sind und nicht die Ideen.

Gegen diesen Einfluß der materiellen Interessen ist selbstverständlich auf die Dauer eine so große Schicht der Arbeiterklasse, wie sie die christlichen Arbeiter heute immer noch darstellen, und vor allem bei dem engen Zusammenleben wie im Ruhrrevier, nicht gefeit. Die Logik des Kapitalismus und seiner für die Arbeiterklasse sich daraus ergebenden Notwendigkeiten kann in einem so hoch entwickelten Industriegebiet wie dem Ruhrgebiet großen Massen nicht immer verbrämt werden und verborgen bleiben. Bei einzelnen mag es möglich sein. Das Eingeldenken mag dauernd auf Irrwegen erhalten werden können. Einer Masse von Arbeitern aber zwingt sich die Ehrlichkeit und Folgerichtigkeit der Auffassung notwendigerweise auf, wie sie der aus heutigen Eigentumsverhältnissen und dem proletarischen Bewußtsein resultierenden Idee des Klassenkampfes zugrunde liegt. Die Einzelheiten der Wichtigkeit der proletarischen Klassenkampfidee sind in den heutigen allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen zu scharf umrissen, sie treten dem Arbeiter zu eindringlich vor die Augen, als daß er sich der Notwendigkeit, Bekenner und Betätiger dieser Idee zu werden, dauernd verschließen könnte. Und nun noch im Ruhrrevier! Tausende und Abertausende von Arbeitern tragen dort vor ihren Klassengenossen ihr Elend in konzentriertester Form zur Schau. Die Lage der Ausgebeuteten demonstrierend, auf dem Hintergrund des unermeßlichen Reichtums der dortigen Ausbeuter, der sich ja dort mehr und auffälliger zeigt wie in irgendeinem anderen Gebiet. Dazu der Anschauungsunterricht über die Ueberflüssigkeit der Kapitalisten, wie er sich aus den ständigen Betriebsfusionen im Bergbau ergibt, und die immer geringer werdende persönliche Anteilnahme des Besitzers an der Leitung des Wirtschaftsprozesses. Das alles muß und wird beschleunigend auf das Bekenntnis aller heute noch Fernstehenden zum sozialistischen Klassenkampf wirken.

Da sehen wir einen schätzenswerten, nie versagenden Bundesgenossen für uns an der Arbeit: die wirtschaftliche Entwicklung. Sie ist mit uns und für uns. Deshalb werden wir ebensowenig wie früher zukünftig darauf warten, daß der einzelne allein, durch die wirtschaftliche Entwicklung veranlaßt, zur Erkenntnis seiner Klassenlage kommt. Wir wissen, daß die gesellschaftliche Entwicklung zwei Faktoren enthält: die Produktionsmittel und die Menschen. Die Produktionsverhältnisse sind menschliche Verhältnisse, und sie halten letzten Endes unter den gegenwärtigen Zuständen die Macht in den Händen, sie bewußt nach ihrem Willen und Wollen zu gestalten. Die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie war ja schon immer darauf eingestellt.

Deshalb ist im allgemeinen die Erkenntnis der Rolle, die der Arbeiter in den heutigen Produktionsverhältnissen spielt, eine diesem von seinen schon zum Klassenbewußtsein gekommenen Klassengenossen vermittelte Erkenntnis. Mit der größer und tiefer werdenden Gegensätzlichkeit zwischen den einzelnen Klassen im Laufe der Entwicklung wächst aber auch die Aktivität, besonders auf der Seite der Ausbeutenden, mehr und schneller wie bisher, die Indifferenten aus der Klasse der Ausgebeuteten vor ihren Interessenwagen zu spannen.

Im wirtschaftlichen Kampfe geschieht dies durch das Versprechen besonderer Vorteile bei ständiger Zurverfügungstellung der Arbeitskraft und durch ideologische Verbrämung des Streikbruches, wie wir es bei den christlichen Bergarbeitern jetzt gesehen haben. Diesen Versuch werden wir aber in nächster Zeit auf der gleichen oder ähnlichen Grundlage bei anderen Berufen angewandt sehen. Wie auf politischem Gebiet in dieser Beziehung gehandelt wird, ist mehr bekannt. Hier ist es der Druck des allgemeinen Wahlrechts, der, von dem konservativen Terrorismus abgesehen, mit sozial und liberal klingenden Phrasen glaubt dem Aufkommen des Klassenbewußtseins sich entgegenstemmen zu können.

So ist die Zahl und die Intensität des Vorgehens der bezahlten und freiwilligen Drahtzieher und Klopffechter des Bestehenden größer und größer geworden. Auch der Eifer, der von bürgerlicher Seite auf dem Gebiete der Jugendpflege entfaltet wird, ist ein Blümchen, das auf diesem Wege erblüht ist. Und es darf vor allem nicht vergessen und unterschätzt werden, daß alle die Maßnahmen das Aufkommen, die Entfaltung und Vertiefung des Klassenbewußtseins der Arbeiter zu verhindern, an alte Traditionen anknüpfen, in der Bahn sich bewegen, die seit Generationen allgemein als das Selbstverständliche, das Natürliche angesehen werden. Sie sind Fortsetzungen der in der Volksschule und von der Kirche gelehrten Dinge. Leider halten sie sich aber auch in den Gleisen der Vorstellungen, denen in vielen, vielen Fällen in der Arbeiterfamilie nichts seine Wurzeln Vernichtendes entgegengestellt wird. So wächst der Widerstand der Besitzenden mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Richtung der Verwirklichungsmöglichkeit des Sozialismus.

Je größer aber der Widerstand gegen eine Idee ist, je vielgestaltiger die Kritik gegen sie einsetzt, je verwirrender die Einwendungen der Gegner für Neulinge und Wankelmütige sind, um so größer ist die Pflicht der Anhänger und Vertreter dieser Idee, diese selbst und ihre einzelnen Begriffe in klarster und festumrissendster Formulierung zu bekennen und zu propagieren.

Wir brauchen für die Zukunft eine begeisterte und allegeit kampfesfreudige Anhängerschaft. Der preußische Wahlrechtskampf z. B. wird die erste Probe auf die Begeisterung und Kampfesfreudigkeit darstellen. Aber nur ein klares Erkennen und Erfassen unserer Grundsätze und Ziele kann uns nach dieser Richtung bringen, was notwendig ist.

Leider ist in den letzten Jahren die Verschwommenheit im Propagieren unserer Grundsätze, von bestimmten Seiten in Partei und Gewerkschaft, größer und größer geworden. Das sehen wir besonders bei der Anwendung und den Folgerungen, die aus den Begriffen Klassenbewußtsein und Klassenkampf gezogen werden. Die Schranken des Klassenbewußtseins sind von jener Seite nach der sozialistischen Gedankenwelt hin enger und enger gezogen worden. Dieses in den engen Schranken gezogene und gehaltene Klassenbewußtsein bildet dann den Kristallationspunkt der Erziehungsarbeit dieser Partei- und Gewerkschaftskreise und ist mit der Zeit ein beachtenswerter, aber auch bedauerlicher Faktor im Gefühls- und Denkleben einer Anzahl der organisierten Arbeiter geworden.

Das Klassenbewußtsein soll und darf aber doch nur die unterste Sprosse der Stufenleiter darstellen, die aufwärts führt in die revolutionäre Gedankenwelt des Klassenkampfes. Es soll auf ihr weiter und höher steigen zu der Erkenntnis, daß es ein großer Sumpf ist, in dem wir landen müssen beim Einschlagen des Weges der bloßen Reform mit dem Glauben an die Möglichkeit der fortgesetzten Einschränkung der Ausbeutung. Das Klassenbewußtsein der revolutionären Sozialdemokraten soll die Grundlage des Wissens von der Gesellschaft in marxistischem Sinne sein und dem Arbeiter erkennen lassen, daß die **Gedanken an die allmähliche Verweigerung der Ausbeutung keinen Halt haben an der Möglichkeit der Vertragsabschlüsse mit höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten, so lange die Bestimmung der Arbeitsleistung und die Preispolitik der Unternehmer nicht einen grundlegenden Bestandteil des von den Arbeiterorganisationen bestimmten Arbeitsvertrages ist.** Dieses Wissen soll natürlich Munition im konsequenten Klassenkampf sein, der unverrückt von Scheinvorteilen auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet dem Endziele zustrebt.

Dieses Klassenbewußtsein mit diesen Konsequenzen ist aber, trotzdem es dem Erkennen des Ganges des Geschehens in der heutigen Gesellschaft entspricht und der Aufgabe angemessen ist, die zu erfüllen der modernen Arbeiterbewegung obliegt, vielen Partei- und Gewerkschaftsführern ein Greuel. Es ist dann von Hyperradikalismus die Rede und der Hinweis auf den Charakter der Gewerkschaftskämpfe als Klassenkämpfe, wird als ein die Bewegung schädigender Kultus mit dem Wort Klassenkampf bezeichnet. (Kampffmeyer.) Die Versuche, die Grenzen des politischen Kampfes über die Mauern der Parlamente hinauszuschieben und die außerparlamentarischen Massenaktionen den Massen näher zu bringen, werden als anarchistisch und syndikalistisch verdächtigt und denunziert.

Das alles aber sind aus einem zu regen Klassenbewußtsein geborene Vorgänge, von der Halbheit proletarischen Denkens befruchtet. Es wird auf der von diesem regen Klassenbewußtsein beherrschten Seite der Arbeiterbewegung vergessen, daß in dem wirklich klassenbewußten Arbeiter eine grundlegende tiefgehende Umwälzung herbeigeführt werden soll, daß er Fähigkeiten auslösen, die Möglichkeiten ausnutzen helfen soll, seine Klasse und mit ihr die ganze Gesellschaft aus dem stinkenden Sumpf der heutigen privatkapitalistischen Afterkultur zu befreien und die privilegierte Herrschaft und deren Folgen den heutigen Klassenstaat zu beseitigen.

Also nicht Erziehung zum Klassenbewußtsein im Sinne von gewerkschaftlichen Nur-Vertragspolitikern oder von „autonomen" und „positiven" Parlamentariern innerhalb der Partei. Nicht im Sinne derer, die im langsamen Gleitflug aus der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft glauben gelangen zu können, sondern Erziehung im Sinne der den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Auffassung von der Zuspitzung der Klassengegensätze, aus der eine Verschärfung der Klassenkämpfe herauswächst, die auch natürlich eine Vergrößerung des Aufgabenkreises des Klassenkämpfers bringen muß.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 9. Dezember 1912.

Petroleum-Monopol. — Wahlprüfungen.

Aus dem Reichstage. Von dem ersten Tage der Debatte über das Petroleummonopol konnte gesagt werden, daß fast lauter Leichenreden gehalten wurden. Am Montag, wo die erste Lesung zu Ende geführt wurde, ging es nicht anders. Der Reichsschatzsekretär Herr Kühn brachte sogar den unbedingt richtigen Ton für so traurige Gelegenheiten: es war tatsächlich, als ob er schon von der ewigen Seligkeit spräche, in die die Vorlage endlich eingehen würde. Wenigstens sagte er, daß immerhin, auch wenn der Entwurf falle, der Gedanke des Monopols am Leben bleiben würde. Die richtige Grabrede, und man konnte dem Prediger ansehen, daß er sich irgendwelchen noch so bescheidenen Illusionen nicht mehr hingab.

Am freundlichsten sprach sich eigentlich der erste Redner aus, der Montag zu Wort kam, der Konservative Graf Westarp, der zwar nicht für die Regierungsvorlage eintrat, der aber doch ein positives Ergebnis der Kommissionsberatungen in Aussicht stellen wollte. Graf Westarp brachte in seiner Rede einige Angriffe gegen die sozialdemokratische Fraktion hinein, die dem Niveau der üblichen konservativen Hetzreden durchaus entsprachen. Der Antisemit Rupp-Marburg suchte in einem eigentümlich komplizierten Deutsch klar zu machen, daß seine „Fraktion" sich noch nicht bindet.

Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Genosse Dr. Frank, der noch einmal unsere ablehnende Haltung begründete und auf die merkwürdigsten Einzelheiten des Entwurfs näher einging. Selbst die Vertreter der Regierung konnten die Berechtigung des Einwandes nicht bestreiten, daß sich die Verfasser des Entwurfs kein besonders gutes Zeugnis ausstellen, wenn sie sich selber und ihren Kollegen die Fähigkeit zur Geschäftsführung einfach bestreiten. Auch der Welfe Colshorn sprach gegen die Vorlage, ebenso die beiden Zentrumsredner Erzberger und Dr. Trendel. Herr Erzberger probierte es im Laufe seiner Rede, gegen den Vorwurf des Genossen Frank aufzukommen, daß seine eigene Partei bei der Beratung des Zolltarifs i. J. 1902 genau dieselben sozialpolitischen Nebenzwecke vorgeschützt hat, gegen die er diesmal ausdrücklich protestierte. Herr Erzberger sagte da

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191212 11-17/fragment/page=0001

einzig, was er sagen konnte: das sei „ganz etwas anderes". Der Schatzsekretär war hoshaft genug, ihn auf die Berechtigung des Vorwurfs ausdrücklich aufmerksam zu machen.

Nachdem die Vorlage einer Kommission überwiesen war, wurden eine Reihe von Wahlprüfungen erledigt. Ohne Debatte wurde beschlossen, über die Wahlen des Fortschrittlers Kopsch und des Antisemiten Herzog Beweiserhebungen anzustellen. Eine längere Diskussion ergab die Wahlprüfung des nicht unbekannten Herrn Bruhn, zu der die sozialdemokratische Fraktion im Gegensatz zum Kommissionsantrag Ungültigkeitserklärung beantragt hatte. Der Antrag der Kommission wurde aber angenommen. Von den bürgerlichen Parteien stimmten nur einige wenige Liberale mit der Sozialdemokratie. Herr Bruhn, der den seltenen Geschmack bewiesen hatte, der ganzen Verhandlung, die ihn betraf, von einer Tribüne aus zu folgen, lächelte mit sichtbarer Freude, als er dieses Ergebnis feststellen konnte, das ihm wohl selbst etwas komisch vorgekommen sein mag.

Dienstag stehen die Interpellationen über das Koalitionsrecht der Angestellten in Staatsbetrieben und über den Wagenmangel auf der Tagesordnung.

Gegen die Polizeiverordnungen.

Am Montag wurden im preußischen Dreiklassenhause zunächst drei Anträge des nationalliberalen Abg. Schiffer beraten, die die schlimmsten Mißstände des gegenwärtigen Systems der Polizeiverordnungen beseitigen sollen. Nach diesen Anträgen soll jedermann auf Ungültigkeitserklärung von Polizeiverordnungen beim Oberverwaltungsgericht klagen können. Eine solche Ungültigkeitserklärung wäre auf dieselbe Weise bekanntzugeben, wie die Verordnung selbst. Jede behördliche Verfügung soll eine Rechtsmittelbelehrung erhalten, und Polizeiverordnungen sollen nach 25 Jahren erlöschen. In seiner Begründungsrede führte Abg. Schiffer, der ja Mitglied des Oberverwaltungsgerichts ist, eine reiche Fülle von Material an, die die schlimmen Auswüchse der Verordnungsmanie der Polizeibehörden illustrierten. In der Debatte fanden die Anträge keine Gegnerschaft, nur der konservative Landgerichtsdirektor Böhmer befürchtete, daß sie ein Querulantentum großziehen, und der freikonservative Brütt meinte, daß Abg. Schiffer zu den vielen Gesetzen, die wir haben, noch neue schaffen wolle. Gen. Liebknecht erwiderte treffend, daß Schiffer doch im Gegenteil aufräumen wolle. Er hielt aber auch den Nationalliberalen vor, daß sie erst jüngst beim Wassergesetz das abgelehnt haben, was sie jetzt selbst fordern. Genosse Liebknecht betonte aber auch, daß eine wirkliche und durchgreifende Reform nur zu erzielen wäre, wenn alle Verwaltungsverfügungen nur auf Grund mündlicher Verhandlungen ergehen könnten und wenn sie im ordentlichen Gerichtsverfahren noch geprüft werden könnten. Schließlich gingen die Anträge an eine eigene Kommission. Die Regierung hatte sich an der Verhandlung nicht beteiligt. Auch an der Beratung über den folgenden Antrag nahm sie keinen Anteil. Es war dies ein fortschrittlicher Antrag, der bezweckt, daß eine Gewährung öffentlicher Unterstützung keine Einwirkung auf das Landtagswahlrecht haben soll, und daß diese Bestimmungen noch vor den Landtagswahlen Gesetzeskraft erlangen. Auch diesem Antrage wurde von allen Seiten zugestimmt, und Genosse Leinert betonte, daß, wenn die Regierung ihn nicht zur Einführung bringe, sie nur für uns Agitation treiben würde. Nachdem noch einige kleinere Vorlagen angenommen waren, vertagte sich das Haus auf Dienstag.

Die Beratung des Antrages Strosser über die Erwerbung eines Gartengrundstücks für das Dreiklassenhaus wird auf einen Wunsch des Ministerpräsidenten nicht am Dienstag, sondern erst am Donnerstag dieser Woche stattfinden.

Die alten Scheunen.

Die sogenannten „Herrenhäuser" der Bundesstaaten haben alle die Aufgabe, als Bremsbehel dem politischen und wirtschaftlichen Fortschritt zu dienen und die sächsischen Herrenhäusler nehmen ihre Aufgabe anscheinend sehr ernst. So haben sie nicht nur aus der Schulgesetzvorlage alle Verbesserungen gestrichen, die die Zweite Kammer hineinbrachte, sie haben auch das Gemeindesteuergesetz derart umgearbeitet, daß selbst der Verband der sächsischen Industriellen in schärfster Form Front gegen die Beschlüsse der „Ersten" sächsischen Kammer machte. Die Industriellen fordern die Zweite Kammer auf, unter allen Umständen auf ihren Beschlüssen zu beharren und dafür zu sorgen, daß die Reaktion der Ersten Kammer nicht zu stark überhand nehme. In der Schulgesetzfrage erklärte die Nationalliberale Korrespondenz in der Zwischenzeit auch, daß die nationalliberale Fraktion sicher auf ihrer Stellung beharren werde, sie werde lieber die ganze Vorlage scheitern, als sie mit den Verschlechterungen der „Ersten" Kammer Gesetz werden zu lassen. Allerdings ist auf die Versprechungen der Nationalliberalen nicht viel zu geben, es brauchen nur einige umzufallen, und Regierung und „Erste" Kammer haben ihren Willen. So schlimm das nun auch für die Schulgesetzverhältnisse ist, wichtiger erscheint, daß die Haltung der sächsischen Herrenhäusler zu den beiden wichtigen Gesetzen, der Gemeindesteuer und der Schulreform, einen immer mächtiger anschwellenden Unwillen gegen die Institution der „Ersten" Kammer überhaupt in Sachsen ausgelöst hat. Es sind jetzt nicht nur die Arbeiter, die sich gegen sie wenden, auch das Bürgertum beginnt immer mehr einzusehen, daß ein Fortschritt nur zu sichern ist durch die Beseitigung der alten Scheunen.

Rechtsschwenkung in Württemberg.

Als erste Folge der Stärkung der schwarzblauen Rechten bei den württembergischen Landtagswahlen stellt die Schwäbische Tagwacht auf Grund zuverlässiger Informationen den Rücktritt des Ministers des Innern v. Pischek in nahe Aussicht. Es heißt, der Minister werde bis zur Landtagseröffnung, die in der zweiten Hälfte des Januar zu erwarten ist, aushalten, damit nicht der Zusammenhang der Veränderung im Ministerium mit den Wahlen gar zu handgreiflich in die Erscheinung trete. Aber seines Bleibens werde dann nicht mehr lange sein. Wer bisher das Verhältnis näher beobachtet hat, das zwischen dem Minister des Innern und der Rechten des Landtags bestand, wird es begreiflich finden, daß es dem Minister unter der neuen Situation, unter der die Rechte in wirtschaftlichen Fragen den Landtag beherrschen wird, nicht sehr wohl ist. Ein Freund des Zentrums war Herr v. Pischek schon deshalb nie, weil er, obwohl Katholik, nicht in das Zentrumshorn blies. Mit den bündlerischen Konservativen aber geriet er darum des öfteren aneinander, weil er sich den hohlen Redensarten der obskuren Agitationsgrößen, die in Württemberg an der Spitze der äußersten Rechten stehen, nicht immer beugte. Das schlimmste Verbrechen des Ministers, das ihm die Bündler scharf ankreideten, war bei der Teuerungsdebatte seine Befürwortung der Zulassung der Einfuhr von Gefrierfleisch. In der schändlichsten Weise zogen die bündlerischen Wahlagitatoren gegen die Politik des Ministers, der im übrigen das ganze Hochschutzzollsystem eifrig verteidigte, zu Felde. Einer der lautesten Wortführer der Bündler liebt es schon seit Jahren, bei jeder Gelegenheit den Minister als einen Feind der agrarischen Bestrebungen anzupöbeln, und im Landtag kam es manchmal zu gereizten Zusammenstößen zwischen dem Minister und der konservativ-bündlerischen Fraktion. Unter diesen Umständen würde es begreiflich sein, wenn Herr v. Pischek darauf verzichtete, sich von den Politikern dritten Ranges, denen nach ihrem Wahlerfolg der Kamm natürlich noch mehr schwellen wird, im nächsten Landtag verhöhnen zu lassen. Der Ministerpräsident v. Weizsäcker, der sich veränderten Strömungen besser anpaßt, wird wohl für einen Nachfolger des Herrn v. Pischek sorgen, der mit der gestärkten Rechten zu hausen versteht.

Die Eisenbahner „sozialistenrein"?

In Berlin tagten am Sonnabend die Delegierten des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker. Abends war in der Neuen Welt eine „große Kundgebung" veranstaltet, an der auch Reichs- und Landtagsabgeordnete teilnahmen. Unser Genosse Borchardt hielt es auf Grund einer Einladung von Mitgliedern des Verbandes ebenfalls für seine Pflicht als Landtagsabgeordneter, in der Versammlung zu erscheinen und sich der Versammlungsleitung vorzustellen. Das ging aber der nationalliberalen Versammlungsleitung wider den Strich, und nach Eröffnung und Begrüßung der Versammelten durch den Verbandsvorsitzenden, den nationalliberalen Abgeordneten Adler, bedeutete dieser dem Genossen Borchardt nach berühmten konservativen Mustern, daß Sozialdemokraten nicht geladen seien und deshalb den Saal zu verlassen hätten. Genosse Borchardt wies auf seine Einladung hin und verließ dann den Saal. Der Abg. Adler begründete dann die sozialpolitischen Wünsche der Eisenbahner hinsichtlich ihrer Pensionskasse, der Krankenkasse und des Erholungsurlaubs. Verbandssekretär Englert forderte ein Staatsarbeiterrecht und die Anerkennung der Berufsorganisation. Es sprachen noch mehrere Redner in diesem Sinne.

Die nationalliberalen und konservativen Blätter frohlocken über diese „Ausweisung eines Genossen". Es ist aber nur Selbstverspottung. Hätten die Arbeiter, die im Eisenbahnerverband organisiert sind, freies Koalitionsrecht, könnten sie frei ihre Meinung äußern, ohne um ihre Stellung besorgt sein zu müssen, so würden sie nicht stillschweigend zugelassen haben, daß ein wirklicher Arbeitervertreter aus ihrer Versammlung gewiesen wird.

Im übrigen: glauben die Herren Drahtzieher, daß man mit der Hinausweisung eines sozialdemokratischen Volksvertreters auch die sozialen und sozialistischen Gedanken aus den Köpfen der bewachten Eisenbahner fernhalten könne? Glück zu!

Deutsches Reich.

— **Der freikonservative Reichstagsabgeordnete Landrat v. Halem hat sein Mandat niedergelegt.** Er ist damit dem sicheren Hinauswurf zuvorgekommen, nachdem die Wahlprüfungskommission vorige Woche seine Wahl einstimmig für ungültig erklärt hatte. Damit ist diese Angelegenheit für den Reichstag erledigt, und es besteht nun keine geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit mehr, den Antrag zu verhandeln, der die Einberufung des Polen v. Saß-Jaworski, des eigentlich gewählten Abgeordneten, fordert. Es muß jetzt eine neue Wahl stattfinden, bei der die Parteigänger des Landrats v. Halem hoffentlich gezwungen werden, die gesetzlichen Vorschriften zu beachten.

— **Hansabund und Preußenwahlrecht.** Der Hansabund rüstet kräftig für die bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen. Auf der Tagung des Hansabundes für den rheinischen Bezirk sprach am Sonntag der Geschäftsführer des Hansabundes, Freiherr v. Richthofen. Er wandte sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen das Preußenwahlrecht, hütete sich aber zu sagen, wie er sich die Wahlreform eigentlich vorstellt. Im preußischen Landtage haben sich die Nationalliberalen ganz energisch gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gewandt. Daß sie für Vorrechte des Geldsacks und damit gegen das gleiche Wahlrecht eingetreten sind, hielt Freiherr v. Richthofen für besser zu verschweigen. Mit der Wahlrechtsfreundschaft der nationalliberalen Hansabündler ist es also eine höchst bedenkliche Sache.

— **Die Nationalliberalen Badens hielten Sonnabend und Sonntag ihren Parteitag in Offenburg ab. Der auf der Tagesordnung stehende Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion trat zurück vor der Aussprache über einen Artikel** des früheren Parteiführers Obkirchner, den dieser in der Leipziger Zeitschrift Panther veröffentlicht hatte und in dem betont war, daß sich die nationalliberale Partei nicht auf Gedeih' und Verderb mit der Sozialdemokratie verbinden dürfe. Die Landesversammlung entschied sich, im Gegensatz zu der von Obkirchner vertretenen Auffassung, gegen eine geringe Minderheit für den Großblock und für die Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten und sie billigte, daß die nationalliberale Fraktion in Kulturfragen mit den Sozialdemokraten gegangen ist, sich aber auch bei Wahrnehmung von Unternehmerinteressen, bei der Frage der Entfernung der Religion aus der Schule, der Trennung von Kirche und Staat von der Sozialdemokratie getrennt habe. Wenn schärfere Worte gegen die Sozialdemokraten gewünscht werden, dann sei zu bemerken, daß nicht

---

37] [Nachdr. verb.

Lügen.

Geschichten vom Kriege von Gustaf Janson.

Dies war also ein Teil der türkischen Stellung.

„Und da hinüber, weit weg stehen die Ungläubigen?" fragte Djafar finster. „Können wir sie sehen?"

„Kaum. Tagsüber verhalten sie sich still."

Djafars Fernglas erweiterte das Gebiet seiner Untersuchungen. Nichts war zu sehen, als eine Sandwelle nach der andern, hier und da einige Palmen und weit hinten in der Ferne ein gelbgrauer, nebeliger Dunst, der wie ein Schleier die Gegend verhüllte. Er schob den Feldstecher zusammen und ließ ihn in sein Futteral fallen.

„Und du?" fragte er Fermel Bei.

„Ich bin hier, um das Kommando über die Kompagnie da unten zu übernehmen."

„Ich gehe mit dir."

Sie brachen aus dem kleinen verfallenen Gebäude auf und ritten den höchsten Kamm der Anhöhe entlang.

Einer der Posten auf dem gegenüberliegenden Hügel sah sich um und entdeckte sie. Er trock einige Schritte rückwärts, rief leise einige Worte und winkte mit der einen Hand.

„Rasch, sputet euch!" rief Fermel Bei Djafar und dem Sergeanten zu. „Sie können uns von der andern Seite sehen." Mit losen Zügeln sprengte er in schräger Richtung den Abhang hinunter.

Djafar lächelte. Es war unvorsichtig, in solcher Weise bergab zu stürmen. Aber er konnte sich auf sein Pferd verlassen, und als Fermel Bei unten im Flußbett anhielt, stand Djafar schon da neben seinem Springer.

Der Hauptmann sprang aus dem Sattel und stellte sich dem jungen Leutnant vor, der herbeigelaufen kam und sichtlich über diese Unterbrechung in der tödlichen Einförmigkeit froh war.

„Wie nahe haben wir sie?"

„Ungefähr einen Kilometer entfernt. Wir wechselten einige Schüsse mit ihren Vorposten, aber es kam zu keinem ordentlichen Zusammenstoß."

Djafar hielt sich neben den Offizieren, er ließ sich kein Wort entgehen.

„Kann man ihre Stellung sehen?" fragte er.

Der junge Leutnant musterte ihn mit einem langen Blick, kniff das eine Auge zusammen und wandte sich abwartend an den Hauptmann. Daß er einen Scheich vor sich hatte, nahm er an, aber . . .

Fermel Bei nickte dem Leutnant zu.

„Kommen Sie mit!"

Sie entfernten sich einige Schritte von den Soldaten, die neugierig näbergerückt waren.

„Djafar Ibn Hamkal," stellte der Hauptmann vor, „der Sohn vom Scheich Abdallah, von dem Sie wohl schon öfter gehört haben."

Das hatte der Leutnant freilich nicht, aber er lächelte trotzdem verbindlich. Die Eitelkeit der Beduinen war allgemein bekannt und er wußte, wie man ihnen am leichtesten schmeichelte.

„Beni Hamkas Stamm hat die letzte Abteilung seiner Phantasie auf den Kriegsschauplatz verlegt."

Der junge Leutnant sah den Vorgesetzten fragend an, er verstand ihn nicht.

Mit wenigen Worten machte ihm der Hauptmann die Situation klar. Der Leutnant lachte fröhlich, verbeugte sich nochmals und versicherte, noch nie etwas derartiges gehört zu haben. Beabsichtigten sie wirklich, am hellen lichten Tage . . . Na, ein kleines Gefecht kam wirklich erwünscht, so langweilig wie der Dienst an der Front war.

„Es passiert nichts, absolut gar nichts," klagte er und bemühte sich, so europäisch wie möglich aufzutreten, um dem schweigsamen Beduinen zu imponieren.

Sie gingen die Anhöhe hinauf und trochen an einen kleinen Wall heran, den die Posten mit ihren Händen zusammengescharrt hatten.

Djafar sah sich um. Ueberall dieselbe trostlose, öde Weite wie vorhin vom Hügel.

„Wo?" fragte er.

„Drüben, ein wenig mehr nach links," erklärte der junge Leutnant dienstbeflissen. „Dort, diesseits der Palmengruppe haben sie sich eingegraben. Was sie damit meinen, weiß ich nicht recht. Auf der andern Seite des Abhangs liegt eine größere Abteilung. Wenn wir nur ein paar Kanonen unten im Flußbett hätten . . . Sidi Djafar Ibn Hamkal, halten Sie nicht den Feldstecher mit dem Glas nach oben, ein Sonnenstrahl könnte darauf fallen. Das war neulich eine schöne Geschichte. Der Oberleutnant lag dort hinten — gut versteckt, einige Palmenblätter über dem Kopf und in den Sand gebuddelt. Aber die Sonne hatte vermutlich im Glas seines Feldstechers geglitzert. Auf einmal fielen ein paar Schüsse. Eine Kugel ging ihm durch die linke Achsel. Und blieb nichts weiter übrig, als ihn nach der Sanität zu führen." Und mit einer so naiven Wichtigkeit, daß Fermel Bei sich auf die Lippen biß, um ein Lächeln zurückzuhalten, fügte der Leutnant hinzu: „Auf so etwas muß man sich eben gefaßt machen. Es ist ja doch mal Krieg." Er schielte nach Djafar hin, der regungslos dalag. „Jetzt wird dieser Beduine es wohl begriffen haben?" sagte der Blick.

Djafar hörte kaum nach den Worten hin, die neben ihm geäußert wurden, aber als von dem Glitzern der Sonne die Rede war, deckte er das Glas mit der linken Hand. Ein Weilchen blieb er liegen und unterfuchte den Horizont. Der Feldstecher wurde langsam von rechts nach links gedreht, verweile einige Sekunden an gewissen Stellen und setzte seine Runde fort. Dann schob er ihn zusammen, troch rückwärts und setzte sich hoch, als er sich soweit unterhalb des Kammes der Anhöhe befand, daß er von Norden aus nicht mehr sichtbar war.

„Jetzt hab' ich's, Hauptmann!" Djafars Stimme hatte einen Klang, der jeden Gedanken an Einwendungen ausschloß. „Ein Peloton hier auf der Anhöhe, eins gleich vor der Biegung des Flußbetts und ein drittes rückt vor." Er entblößte sein linkes Handgelenk, um das er ein Lederarmband mit einer Uhr trug. „Es ist Zeit, daß die Leute sich in Bewegung setzen."

Fermel Bei, der zu ihm hinuntergetrochen war, warf einen raschen Blick auf diesen ungewöhnlich gut ausgerüsteten Beduinen. Der Ton gefiel ihm nicht, und er stand im Begriff, eine Andeutung zu machen, wer hier das Kommando führte. Aber Djafar kam ihm zuvor und sagte mit überlegener Ruhe:

„Ich bleibe mit meinen Leuten auf der jenseitigen Anhöhe. Einstweilen sind es noch nicht viele, aber es werden bald mehr werden." Er stand auf und ging den Abhang hinunter. „Senden Sie den Sergeanten nach Scheich Abdallah mit dem Befehl, vorzurücken. Hernach führt er meine Leute hierher. Ich behalte ihn bei mir und werde ihn im rechten Augenblick zu meinem Vater schicken." Ohne eine Antwort abzuwarten, bestieg Djafar sein Pferd, sammelte die Zügel in der Hand und machte sich zum Fortreiten fertig.

Fermel Bei sah ihn von der Seite an. Was Djafar vorgeschlagen hatte, war das einfachste und beste. Der Hauptmann zuckte die Schultern und nickte kurz seine Einwilligung.

Djafar neigte das Haupt zum Abschiedsgruß. Die kleine Probe, die er angestellt hatte, war zu seiner Zufriedenheit ausgefallen. Der Hauptmann war ein verständiger Mann, mit dem sich zusammen arbeiten ließ. Er ritt langsam das Flußbett entlang, winkte Sergeant Esjuf heran und setzte in dessen Begleitung seinen Weg nach Osten fort. Er beabsichtigte, die Anhöhe zu umgehen.

„Herr Hauptmann!" Der Leutnant richtete seine großen Knabenaugen bittend auf den Vorgesetzten. „Sie gestatten mir wohl, daß ich das Angriffspeloton führe?"

„Ich wollte Sie gerade darum bitten. Aber Sie bleiben in einiger Entfernung, falls nicht eine besonders günstige Gelegenheit . . . na, Sie wissen schon."

„Gewiß, bielen Dank, Herr Hauptmann!" Und da er bange war, daß er sich im Eifer vielleicht ein wenig ungeschickt betragen, setzte er erklärend hinzu: „Ich bin noch nie im Feuer gewesen."

Fermel Bei nahm die Hand des Jünglings und drückte sie kräftig.

„Sie können aufbrechen", sagte er herzlich. Ich bin dort oben . . . auf dem Kamm des Hügels zu treffen. Leben Sie wohl."

Der Leutnant eilte davon, um sein Peloton zu ordnen. Der Hauptmann kletterte unterdessen wieder den Abhang hinauf. Als er an den Schützzelten vorbeiging, rief er ein paar Korporale zu sich heran. Ehe er noch dazu kam, seinen früheren Platz hinter dem Sandwall wieder einzunehmen, klangen von unten taktfeste Schritte herauf. Mit anerkennenswerter Raschheit hatte der Leutnant sein Peloton marschfertig gemacht. Der Hauptmann lächelte beifällig. Da fiel ihm ein, daß er nicht den Namen des Leutnants gehört hatte. Na, den konnte er ja späterhin erfahren. Schlimmer war es, daß er dem guten Jungen nicht ausdrücklich verboten, zum Angriff überzugehen.

„Leutnant", rief er in die Schluckt hinunter, „Sie haben doch die Order verstanden? Die Beduinen beiderseitigen den Angriff, Sie stützen ihn mit Ihrem Feuer."

„Gewiß, freilich . . . falls sich nicht eine besonders günstige Gelegenheit bietet." Kindlich vergnügt über seinen Auftrag salutierte der junge Leutnant mit dem Säbel. Aber er beschleunigte auch gleichzeitig seine Schritte. Er war bange, daß der Chef, den man so unerwartet der Kompagnie gesandt, auf eine andere Idee verfallen könnte. „Nicht zum Angriff übergehen . . . gewiß nicht", dachte er. „Nicht ohne eine besonders günstige Gelegenheit." Der Leutnant lächelte voller Hoffnung. „So, jetzt war er glücklich durch die Biegung des Flußbetts, jetzt war es dem Hauptmann nicht länger möglich, ihm etwas zuzurufen." Er lachte kindlich und ausgelassen. Die Stunde, nach der er sich immer gesehnt, von der er beständig geträumt hatte, war gekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191212 11-17/fragment/page=0002

Worte, sondern die Abstimmungen in der Kammer entscheidend sein. Unter allen Umständen müsse eine Zentrumsmehrheit in Baden verhindert werden. Bei Besprechung der Auslandspolitik erklärte der Parteichef Rebmann: Unsere Politik müsse kriegsbereit sein, die sozialdemokratischen Friedensdemonstrationen verdienten die allerschärfste Verurteilung.

— **Freisinnige Koalitionsfreiheit.** Im Reichstage wollen die Freisinnigen eine Attacke für die Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter reiten. Gegen den Staat, der dieses Hauptrecht der Arbeiter mißachtet, soll dabei auch der Abgeordnete des Danziger Börsenfreisinns, Weinhausen, als offizieller Parteiredner auftreten.

Im Frühjahre wurden nun von dem liberalen Danziger Magistrat zwei Heizer des städtischen Krankenhauses entlassen, nachdem die Volkswacht Betriebsverhältnisse kritisiert hatte. Der leitende Ingenieur hatte den Brotlosgemachten wiederholt gelagt, sie könnten sich für ihre Kündigung bei dem Verfasser des Volkswachtartikels bedanken. Die beiden Heizer hatten ebenfalls davon gehört, daß Weinhausen im Reichstage für die ausgesperrten Schichtarbeiter eingetreten war. Sie teilten ihm daher auch ihr Schicksal mit und baten ihn, auch dem freisinnigen Magistrat gegenüber ihre Rechte zu schützen. Sie erhielten darauf dieses sehr interessante Schreiben:

Berlin, 30. 4. 1912.

Sehr geehrter Herr!

Ich erhielt Ihre Zuschrift und nehme an dem mitgeteilten Vorfall warmen Anteil. Aber irgend welche wirksame Hilfe kann ich leider nicht in Aussicht stellen, da ich mich sonst einer Einmischung in Angelegenheiten schuldig machen würde, die durchaus außerhalb meiner Zuständigkeit liegen. Ergebenst Fr. Weinhausen.

Die Vorsicht des Herrn Weinhausen ist bemerkenswert. Wo nicht der Staat, sondern die freisinnige Stadtverwaltung von Danzig das Koalitionsrecht der Arbeiter mißachtet, da bekommt Herrn Weinhausen, der tapfere Kämpfer für das Koalitionsrecht, Kompetenzbedenken. Dem Staat sagt er die Meinung, seinen Parteigenossen nicht.

— **Der „Heinrichsbrief" Prozeß** in Essen hat einen eigenartigen Ausgang genommen. Wegen Beleidigung des Arbeitersekretärs Genossen Aufderstraße war der Redakteur Imbusch vom christlichen Bergknappen zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er ihn als Schreiber des berüchtigten „Heinrichsbriefes" verdächtigte. Die Berufungskammer hob nun aber das Schöffengerichtsurteil auf, stellte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zur Seite und sprach ihn frei. Dem Kläger fallen damit die enormen Kosten zur Last, die der Prozeß bis jetzt verursachte. Sind doch außer den zahlreichen Zeugen drei Sachverständige — Dr. Jeserich, Dr. Look und Dr. Meier — eingehend bemüht worden, um den Briefschreiber zu ermitteln. Alle drei Sachverständige bekundeten, daß Genosse Aufderstraße der Briefschreiber nicht gewesen sein kann; dem Angeklagten Imbusch ist auch nachgewiesen, daß er bodenlos leichtfertig den Kläger als Briefschreiber beschuldigt hat, trotzdem — der Kläger zahlt die Kosten.

Sozialdemokraten wird bekanntlich fast niemals der Schutz des § 193 zuerkannt.

Frankreich.

Jaurès für die Volksbewaffnung. In der Fortsetzung der Debatte in der Kammer über die Infanteriekadres entwickelte Genosse Jaurès einen Gegenvorschlag über die Einrichtung von Milizen, dessen Grundlagen folgende sind: Eine vorbereitende Erziehung für den Militärdienst, die sich nur auf Gesundheit und körperliche Gewandtheit bezieht, beginnt im Alter von zehn Jahren. Ein sechsmonatiger Besuch einer Rekrutenschule geht dem aktiven Dienst unmittelbar voraus. Jeder Soldat bewahrt die Waffen in seiner Wohnung auf. Die Kadres sind teils beruflichen Charakters, teils zivilen. Die Armee hat ausschließlich den Zweck, die Unabhängigkeit und den Boden des „Vaterlandes" gegen einen Angriff zu schützen. Der Krieg dient zur Verteidigung, wenn die Regierung einer anderen Regierung, mit der sie einen Konflikt hat, vorschlägt, auf ein Schiedsgericht zurückzugreifen. Das Parlament soll aber jede Regierung stürzen, die einen Krieg beginnt, ohne ein Schiedsgericht vorzuschlagen, und sie durch eine andere ersetzen, welche die nationale Unabhängigkeit schützen und zu gleicher Zeit ein Schiedsgericht vorschlagen soll. Frankreich soll unverzüglich mit allen im Haag vertretenen Mächten über allgemeine Schiedsgerichtsverträge verhandeln. — Jaurès forderte weiter körperliche Ausbildung und staatsbürgerliche Erziehung der Jugend und erklärte, daß die moralische Einheit der Nation unerläßlicher als die materielle Stärke sei, um einen Sieg sicherzustellen. Die Demokratie müsse vollständig Herrin der Leitung der auswärtigen Politik bleiben. Geheime Verträge dürfte man nicht mehr dulden. Jaurès sprach dann ausführlich zugunsten von Schiedsgerichten. Er schilderte warm die Begeisterung, mit der die ganze Nation in den Krieg ziehen würde, nachdem der Gegner das Schiedsgericht abgelehnt hätte.

Die Hoffnungen auf Marokko. General Lyautey, der französische Resident in Marokko, hat der französischen Parlamentskommission für auswärtige Angelegenheiten seinen ersten Bericht erstattet. Lyautey hat sich jedenfalls nicht bemüht, die Sachlage rosiger darzustellen, als sie es verdient, denn aus dem offiziell herausgegebenen Bericht geht hervor, daß er ausführlich auf die Schwierigkeiten hinwies, die Frankreich bei der häuslichen Einrichtung seiner kapitalistischen Interessen in Marokko zu überwinden haben wird. Die Bergstämme des ganzen Landes scheinen den französischen Kapital- und „Kultur"bringern nicht sehr freundlich gesinnt zu sein. Bezeichnend ist seine Bemerkung, „daß man nicht glauben solle, die marokkanische Frage sei gelöst, wenn man etwa noch 30 000 bis 40 000 Mann mehr hinüberschicke". Heute steht schon eine Armee von 57 000 Mann in Marokko. Die einzelnen Verwaltungszweige befinden sich unter militärischer Kontrolle. Eingehend behandelte Lyautey die kommenden „Geschäfte". 300 Millionen würden als erste Anleihe notwendig sein. In diesem Jahre habe man noch ohne Budget gelebt. Aber im nächsten Jahr würde schon ein Teil der Steuern in Höhe von 16 Millionen erhoben werden. Für die Eisenbahnlinien Tanger-Kabat-Fez und Casablanca-Marakesch sei eine Ausgabe von etwa 125 Millionen Frank erforderlich. Für Hafenbauten in Casablanca etwa 45—50 Millionen, für Schulen und Spitäler 20 Millionen, für die Schuld des Machsen 25 Millionen und für „verschiedene Ibemnitäten" (!) 10 Millionen Frank. — Dem französischen Finankapital eröffnen sich also goldene Aussichten. Und die Marokkaner dürfen Zinsen und Zinseszinsen dafür zahlen, daß sie endlich „europäisch kultiviert" werden.

Kleine Auslandsnachrichten. Die neue russische Duma setzt sich nach amtlicher Meldung folgendermaßen zusammen: Rechte 63, Nationalisten 90, Zentrum 34, Oktobristen 95, Muselmanen 7, Polen 15, Fortschrittler 45, Kadetten 59, Mitglieder der Arbeiterpartei 10, Sozialdemokraten 15 und Wilde 9.

Die ungarische Opposition hat beschlossen, die Sitzungen des Parlaments auch weiterhin nicht zu besuchen, bis sämtlichen Mitgliedern wieder die Erlaubnis zum Besuche der Sitzungen gegeben sei. Die noch ausgeschlossenen Abgeordneten, etwa 25, werden weiter durch Polizeigewalt vom Parlament ferngehalten.

Antiagrarische Demonstration in Lissabon. Eine große Anzahl von Demonstranten umringte das Gebäude der Gesellschaft für Ackerbau, deren Mitglieder sich versammelt hatten, um beim Parlament eine Protestkundgebung gegen die Grundbesitzsteuer einzureichen. Die Versammelten wurden am Verlassen des Gebäudes verhindert. Bis zum späten Abend gelang es der Bürgergarde nicht, die Demonstranten zu zerstreuen.

Aus der Partei.

Die sozialistische Partei Argentiniens.

Für unsere argentinische Bruderpartei war das verflossene Jahr eine Zeit harter Arbeit, aber auch vielversprechender Erfolge. In seinem Jahresbericht gibt der Parteivorstand eine Darstellung davon; insbesondere werden die Parlamentswahlen und die Tätigkeit der beiden neu gewählten, der ersten sozialistischen Abgeordneten des Landes, eingehend behandelt.

Im Februar war endlich ein besseres Wahlgesetz zustande gekommen, das die geheime und obligatorische Abstimmung enthielt und ein Proporzsystem einführte. Dadurch wurde der jungen Partei die Aussicht eröffnet, zu einer, ihrer Stimmenzahl entsprechenden Vertretung im Parlament zu kommen. Sofort nach Schluß des alten Parlaments setzten die Sozialisten mit einer Propaganda großen Stils ein. Die größte Schwierigkeit der Agitation bestand im Mangel an Geld. Der Zentralkassierer unternahm seine große Aufgabe mit einem Kassenbestand von knapp 88 Pesetas, das ganze Barvermögen der Partei. Der Appell an die Opferwilligkeit der Arbeiter war aber nicht vergeblich gemacht. Dank der freiwilligen Beiträge konnte die Zentralkasse 7477 Pesetas für die Wahlagitation verwenden, die Gruppen brachten 2052 Pesetas auf, und die sonst noch nötig gewordenen Aufwendungen wurden durch eine Anleihe von 927 Pesetas gedeckt. Zeit, Geld und Mühe waren nicht umsonst gebracht. Am 7. April wurden die Genossen Just und Palacios als sozialdemokratische Abgeordnete gewählt. Von den 124 412 eingeschriebenen Wählern der Hauptstadt des Landes, Buenos Aires, hatten 18 752 für die sozialistischen Kandidaten gestimmt. In der Provinz Buenos Aires mußte der Wahlkampf ohne feste ausgedehnte Organisation geführt werden, auch fehlte es an Leuten für die Besetzung der Wahllokale und Ueberwachung der Zählung, was in dem Land, wo die politische Korruption ziemlich üppig gedeiht, sehr notwendig ist. Dessen ungeachtet brachte die Provinz 4000 sozialistische Stimmen. Auch in den Provinzen Rosario und Cordoba entsprachen die Stimmergebnisse den Erwartungen. Diese Erfolge erfüllten die Arbeiterschaft mit berechtigter Freude. Die Maifeier wurde zur Siegesfeier, an der 40 000 Mann teilnahmen. Es ist dies die größte Demonstration, die die Straßen der Hauptstadt jemals gesehen haben.

Das neue Parlament und seine Debatten erhielten durch die zwei Sozialisten größere, ernstere Bedeutung. Bei allen wichtigeren Fragen präzisierten sie die Stellung der Partei und die Forderungen des sozialistischen Proletariats. Am 31. Juli begann die große Debatte über die Lebensmittelteuerung. Unsere Genossen forderten die Abschaffung der indirekten, die Nahrungsmittel des unteren Volkes verteuernden Abgaben und verlangten eine Wertzuwachssteuer für den Grundbesitz. Weiter legten sie Entwürfe von Gesetzen vor, die die Reform der Naturalisation, den loyalen Schutz der Arbeiterorganisationen, die Unfallversicherung, Reorganisation des staatlichen Arbeitsamtes, Revision des Zolltarifs und noch andere Materien betreffen.

Zurzeit des letzten Kongresses zählte die Parteiorganisation 85 Gruppen, wovon 20 auf das Land und 15 auf die Hauptstadt kommen. Die letzteren hielten im Berichtsjahr außerhalb der Wahlkampagne 150 Versammlungen ab und verbreiteten 14 750 Flugblätter und 2500 Broschüren. Die fünf Arbeiterblätter haben noch eine geringe Verbreitung. Ihre Gesamtauflage ist (monatlich) 3300 Exemplare. Die Vereinsbibliotheken bergen insgesamt 21 568 Bücher. Von der Parteimitgliedschaft sind 60 Prozent Argentinier und 40 Prozent Ausländer. Die Totaleinnahme der Parteigruppen beliefen sich im letzten Jahre auf 15 264 Pesetas, das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme um 53 Prozent.

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht.

Ueber den Brandstiftungsprozeß der Gebrüder Hartung ist von dem dritten Verhandlungstage zu berichten: Auf eine Offerte eines Versicherungsbeamten der Gesellschaft Viktoria traten Hartungs Anfang Februar mit der Gesellschaft in Verbindung. Man wollte die Geschäftsräume gegen Feuer und Haftpflicht versichern und setzte den Wert auf 20 645 Mk. fest. Später kamen noch mehrere andere Versicherungen zustande. Die Prämien wurden pünktlich gezahlt und der Beamte hatte bei den Besuchen den Eindruck, daß die Brüder gut bei Kasse seien. Hoch versichern wollten sie deshalb, weil noch mehrere Gegenstände unterwegs seien. Ihre Absicht sei, das Geschäft bedeutend zu vergrößern und Fabrikbetrieb einzurichten; sie hatten schon einen Elektromotor bestellt und drei Orgelbauer als Gehilfen engagiert. Auch verlangten sie eine Außenversicherung in Höhe von 1000 Mk., weil sie viel Orgeln verborgten. Die Versicherung wurde gleich für den vergrößerten Betrieb abgeschlossen, obwohl der Motor und die zu beschaffenden drei Hobelbänke noch nicht zur Stelle waren. Nach der Genehmigung des Versicherungsvertrages setzte die Gesellschaft die Prämie fast um das Doppelte höher, wogegen Hartungs jedoch nichts einzuwenden hatten. Der Versicherungsbeamte will die Angeklagten wiederholt darauf aufmerksam gemacht haben, daß sie für eine bessere Buchführung sorgen müßten; die bisherige genüge nicht, um bei eventuellen Brandschäden ihren Materialbestand mit Sicherheit nachzuweisen. Sie sollen darauf erwidert haben: „Wenn nun aber die Bücher mit verbrennen?"

Bei ihren Lack- und Farbstofflieferanten sollen die Gebrüder im Februar größere Bestellungen bewirkt haben. Sie begründeten dies mit der Vergrößerung ihres Geschäftes. Die Anklage vermutet aber, die Bestellung sei extra für die Brandstiftung gemacht worden, um durch die große Menge flüssiger Lacke die Brennbarkeit der Werkstattmaterialien zu steigern. Die Beweisaufnahme ergab aber, daß sich unter den Farbstoffen auch unbrennbare befanden. Bezüglich der Behauptung der Angeklagten, den Brand könnten Feinde angelegt haben, ergab die Beweisaufnahme, Ende März sei in ihrer Privatwohnung ein Einbruchsversuch gemacht worden. Zeugen bestätigten, daß in der Tat in einer Märznacht jemand sich unter einem Fenster der Privatwohnung in verdächtiger Weise zu schaffen gemacht und die aus dem Schlafe aufgeschreckte Frau von Robert Hartung deshalb um Hilfe gerufen hatte. Der herbeieilende Hauswirt sah zwar niemanden, konnte aber am Fenster noch Fingerabdrücke feststellen. Er schaffte sich infolge des nächtlichen Vorganges einen Revolver an. Dem Versicherungsbeamten erzählten die Angeklagten um jene Zeit: „Gestern sollte bei uns eingebrochen werden; wenn wir nicht dazu kamen, waren 800 Mk. weg!" — Zur Zeit des Brandes standen in der Werkstätte 14 Orgeln, im Versicherungsverzeichnis figurierten aber 19; auch der Wert der vorhandenen Orgeln war bedeutend höher angegeben. An den zwei Türen der Werkstatt und ihren Sicherheitsschlössern waren keinerlei Spuren gewaltsamer Oeffnung zu entdecken. Mit Dietrichen sollen sich derartige Schlösser nicht öffnen lassen. Der Brandleger soll also die Schlösser mit den zu ihnen gehörigen Schlüsseln geöffnet haben. Nachahmungen solcher Schlüssel sollen nicht leicht sein. Zweifelsohne erbrochen war ein Pult und ein Wandschrank der Werkstätte. Einige Sachverständige sagen belastend, andere entlastend für die Angeklagten aus. — In den letzten zwei Jahren sollen die Angeklagten einen gemeinsamen Verdienst von jährlich etwa 3000 Mk. gehabt haben. Ihre Schuldenlast betrug über 4000 Mk. Sie überstieg allerdings nicht die Aktiva; aber die Forderungen drängten und konnten zur Zeit des Brandes unmöglich von den Angeklagten beglichen werden.

Betreffs der Versicherungssumme lag eine ganz bedeutende Ueberversicherung vor. Der Versicherungsbeamte hätte sich bei sorgfältiger Prüfung nicht auf die Angaben der Gebrüder verlassen dürfen. Ein Haupttieferant der Angeklagten erklärte, ihnen Stundung gewährt zu haben, da er sehr gute Auskünfte über die Brüder erhalten hätte. Die Angeklagten betonten noch vor der Beratung der Geschworenen ihre Unschuld. Sie seien in guter Familie erzogen und unfähig, einen so verbrecherischen Gedanken zu fassen, geschweige denn auszuführen. Mit Bitterkeit setzte Robert Hartung noch hinzu, es könne ihm ja am Ende gleichgültig sein, ob er durch eine Verurteilung noch vollends zugrunde gerichtet werde, denn er sei schon durch die lange Qual der Untersuchungshaft halb tot. — Nach elfstündiger Sitzung, abends gegen neun Uhr, verneinten die Geschworenen die Schuldfragen, worauf die Angeklagten

kostenlos freigesprochen

und sofort aus der Haft entlassen werden mußten.

Briefkasten der Redaktion.

Bockwis. Der Austritt kann am 1. des Monats erfolgen.

F. G. 606. Die mitgeteilten Tatsachen waren nicht so wichtiger Natur, daß der Bericht hätte unbedingt Aufnahme finden müssen. Warum denn für die armen Tröpfe Reklame machen?

K. P., Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles Gottl. Kasparek. — Verleger und für die Inserate verantwortlich A. Jähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Christbaumbehang kauft man nur im *1327

Schokoladenhaus.

Anerkannt billigste Bezugsquelle bei guter Qualität für Schokolade und Zuckerwaren.

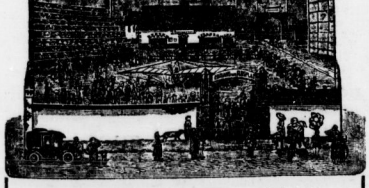
Man beachte unsere Schaufenster-Ausstellung!

Verkaufsstellen: Merseburg, Kleine Ritterstraße 1; Eilenburg, Leipzigerstr. 25; Torgau, Bäckerstr. 16; Weißenfels, Saalstr. 28.

Gratis erhält jedes **Kind!!**

dieses hochinteressante Spielzeug, sobald der Einkauf der Eltern 3 Mark erreicht hat.

Grosse Weihnachts-Ausstellung in allen Abteilungen!



Kompletter Flugplatz für artige Kinder.

4598

Leopold Nussbaum.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191212 11-17/fragment/page=0003

Achtung, lesen!

Wer vom 5. bis 23. Dezbr. 1912 einschl. die **meisten Schallplatten** bei mir kauft, bekommt am 24. Dezember 1912: Der erste 1 Musikapparat im Werte von 100 Mark als **Weihnachts-Geschenk**, der zweitfolgende einen Musikapparat im Werte von 60 Mk., der drittfolgende einen Musikapparat im Werte von 40 Mk., der viertfolgende einen Musikapparat im Werte von 22 Mk., die nächsten sehn folgenden Käufer je ein prachtvolles Album und zwei Pakete Nadeln. Schallplattenpreis von 3 Mark an Bedingung.

Die Gegenstände stehen von heute ab in meinem Schaufenster, **Alte Promenade 10**, ausgestellt. 4412

Hallesches Musikhaus, nur Alte Promenade 10.

Mittwoch u. Donnerstag

Jedem Kinde ein Spielzeug nach Wahl Gratis!

in Begleitung eines Erwachsenen

Wieder eingetroffen:

Grosse Posten

Schallplatten neueste Schlager **95** Pf.

M. BÄR Nachf.

Grosse Ulrichstrasse 54. 4599

Liebreiz

verleiht ein zart., rein. Gesicht, rosiges, jugendfrisch. Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und dienst. schönen Teint. Alles dies erzeugt die echte Stechenpferd-Lilienmilch-Seife à Stück 50 Pf., ferner macht der **Dada-Creme** rote u. rissige Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf. bei: Heinbold & Co., Leipzigerstr. 104, Bruno Berthold, Gr. Steinstr. 48, Bruno Premsch, Moritzzwinger 1, F. A. Patz, Gr. Ulrichstr. 6, Schwanendrog., Ecke Leips. u. Poth., Ernst Jentsch, Leipzigerstr. 31, Max Beyer, Hincartusstr. 3, Wilh. Durow, Dreyhauptstr., O. Kramer, Gegenüb. d. Glauch. K., F. A. Hildeb. Fritze, Südstraße 92, Carl Bahr, Große Brunnenstr. 2.

Puppenwagen,

Klappwagen, Kinderstühle, Kindertische, Korbstühle, Klappstühle, sowie 4425 alle Arten von **Korbwaren** empfiehlt in größter Auswahl äußerst billig

Franz Reinhardt
Kleine Brauhausstraße 21, Parterre, I., II. und III. Etage.

Möbel u. Polsterwaren

in reeller Ausführung kaufen Sie preiswert bei 4411

G. Schaible,
Gr. Märkerstraße, n. Ratskeller.

Möbeltransporte jed. Art bef. billig 3426
R. Weihmann, Bernhardystr. 35.

Böttcher-Waren dauerhaft u. billig.
P. Horlebeck, Kleine Ulrichstraße 1/2 und Dachrißstraße 5.
2946 Rabattmarken.

H. Böhlert's Roßschlächterei, Glauchaerstrasse 75
(dicht an der Glauchatsch. Kirche)
2447 empfiehlt
Fleisch, Rouladen, Gehacktes, Lende, gekochten Schinken sowie alle Arten
Wurstwaren in bekannter Güte. D. O.

Mittwoch den 11. Dezember 1912 abends 8½ Uhr in Wilsdorfs Konzerthaus, Karlstrasse 14

Oeffentliche Versammlung aller Hausangestellten.

In derselben wird ein Vortrag gehalten über
Die Notwendigkeit des Haushaltungsunterrichts für jugendliche Hausangestellte.
Freie Aussprache. Freie Aussprache.
Um zahlreichen Besuch bittet 4592
Die Ortsgruppe Halle des Verbandes der Hausangestellten.

Gr. öffentl. Milchhändler-Versammlung

Donnerstag den 12. Dezember 1912, nachmittags 4 Uhr, im „Goldenen Hirsch", Leipzigerstraße 63.

Tagesordnung:

Stellungnahme zu der von der hiesigen Polizei-Verwaltung geplanten Veröffentlichung der Milch-Untersuchungs-Resultate.

Referent: Herr Verbands-Syndikus **Carl Krause, Berlin.**

Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, sind die Herren Milchproduzenten und Vertreter der Presse ergebenst eingeladen. 4589

Der Einberufer.

Konsum-Verein, Könnern,

(eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.)

Sonntag, 15. Dezember, nachm. 3 Uhr im „Hotel zur Preussischen Krone"

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. **Gründung einer Filiale.**
2. Geschäftliches. *1535

Beschwerden und Anträge müssen mindestens drei Tage vor der Generalversammlung beim Vorsitzenden eingereicht werden.

Der Aufsichtsrat: **Paul Dohndorf,** Vorsitzender.

Die teuren Zeiten

machen es jeder Familie zur Pflicht, den Haushalt billig und doch gut zu gestalten. Deshalb **probieren** und **fordern Sie** überall die Meyersche Süßrahm-Margarine

Westfalenkrone (mit Schutzmarke Schinken.)

Meyersche Pflanzenbutter-Margarine

„Meyerruhm"

und Sie werden sofort anerkennen, dass Sie in diesen, mit vielen goldenen Medaillen, Oktober 1910 mit der Staatsmedaille ausgezeichneten Fabrikaten, von edelsten Rohstoffen hergestellt, einen wirklich vollwertigen Ersatz für **feinste Land-Butter** gefunden haben.

Fabrik-Niederlage: W. Meyer, Bitterfeld, Bismarckstrasse 17.

Verkaufsstellen allerorts gesucht, soweit solche noch nicht vorhanden sind. *1286

Weihnachts-Verkauf.

Plüsch-Sofas (modern. Farb.), Sofa-Umbau, Büfetts, Tische, Trumeaux, Schreibtsch. v. 36 ℳ an, Vertiko v. 30 ℳ, Kleidersekretär v. 80 ℳ, Kommoden, Stühle i. Rohr u. Led., Paneelbretter, Flurgarderoben, Schreibtischstühlen 17 ℳ an, Schlafzimm. i. all. Preislag., gr. Auswahl i. mod. Küchen-Einrcht.

Karl Bieler, Albrechtstrasse 3.

Abbruch-Material

Lagerplatz: Triftstraße 7.

Wegen Räumung sof. zu verk.: Fenster, Türen, 1000 lfd. Mtr. Bauholz, 50 Stck. Sparren 10,50 lg., 20 Schock Latten 4×5 m lg., u. v. m.

150 Fuhren Brennholz.

Verkauf fortwährend.
4396 **Otto Richter.**

2445 **Waschgefäße,** dauerhaft und billig. Größte Auswahl. Böttcherei Schülersdorf 1.

Lebertran-Emulsion

„Möwen"-Marke 4464
bestes Kräftigungsmittel für Kinder, a Flasche Mark 2.00. Bei 3 Flaschen Mark 5.50 mit 5% Rabatt, allein echt bei

Max Ott, Steinweg 26.

4580

Herde für Puppenküchen

mit Sicherheits-Feuerung von 1.35 bis 66.00 Mk.

C. F. Ritter,

Halle a. Saale, Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Die

Volksbuchhandlung

Halle a. S., Harz 42/43,

ist

Sonntag den 15., 22. u. 29. Dezbr.

die gesetzliche Zeit **geöffnet.**

Die Presskommission.

Moderne Zimmer-Uhren,

Ia. Werke mit den herrlichsten Gong-Schlägen,

solide Taschen-Uhren,

jedes Stück gut abgezogen und von mir selbst gewissenhaft geprüft.

reelle Goldwaren: Armbänder, Broschen, Ringe, Kolliers, Uhrketten, Manschettenknöpfe 2c.

kauft man bei riesiger Auswahl

anerkannt billigst

mit nachmännischer Garantie bei

Emil Rauecke, Uhrmacher
Rab.-Spar-Verein. Steinweg 1. 5% Rabatt

Militärstiefel,

neue u. gebr. Halbstiefel, Langstiefel, ferner Schnürschuhe, Grubenschuhe, Kinderstiefel, gr. Ausw. Bol. w. a. Schuhe u. Stiefel m. gebr. Riemenleb. billig besohlt und repariert.
J. Sternlicht, Alter Markt 11.
*1546 Goldene Kette. Tel. 1946.

2446

Richard Flemming,
Halle a. S., Schmeerstraße 22.
— Optische Anstalt. —
Große Auswahl, billigste Preise!

Eisbahn, Ziegelwiese.

Bei anhaltendem Frost **Eröffnung voraussichtlich am Mittwoch.** *1549

Klein-Wittenberg.

Bäckerei und Lebkuchen-Fabrik

Telephon 371 von **Ad. Thomamüller** Telephon 371

empfiehlt seine an Güte u. Geschmack unerreichten Lebkuchen als: Makronenkuchen à Paket = 5 Stück 50 ₰, Eiskuchen à Paket = 5 Stück 50 ₰, Nußkuchen à Paket = 5 Stück 50 ₰, Oblatenkuchen à Paket = 5 Stück 40 ₰, Vanillekuchen à Paket = 5 Stück 50 ₰, Weiße Nürnberger Kuchen à Paket = 6 Stück 30 ₰ bei 10% Rab. Pfeffernüsse à ℔ 60 ₰, Spekulatius à ℔ 1.20 ℳ, Weiße Bilder à 3, 5, 10, 20, 40 ₰.
*1543
Wer probt, der lobt! Ein Versuch macht klug!

Pelzsachen!!

Reizende Neuheiten in:
Muffen, Stolen, Pelzhüten, Garnituren für Knaben u. Mädchen.
Beste fachmännische Verarbeitung!
Billigst gestellte Preise!
Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Chr. Voigt

Inhaber **F. W. Schmidt.**
Langjähriger leitender Mitarbeiter des Welthauses Révillon frères, Paris-London.
Leipzigerstr. 16. Tel. 2066.
Rabatt-Spar-Verein. *1170

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191212 11-17/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 289 Halle a. S., Mittwoch den 11. Dezember 1912 23. Jahrg.

Waffenstillstand auf dem Balkan.

Die Friedensverhandlungen

werden am Sonnabend, 14. Dezember, in London beginnen. Es gilt als sicher, daß Griechenland gleichfalls daran teilnehmen und vorher auch noch den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen wird. In Konstantinopel gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Verhandlungen zu einem baldigen Ergebnis führen werden. Kiamil Pascha soll erklärt haben, niemand wünsche so sehr, wie die Türken, ein baldiges Ende der Streitigkeiten. Er nehme bestimmt an, daß die Türkei Adrianopel behalten werde. Der Balkanbund werde, nach dem Friedensschluß, eine an Territorium größere Macht darstellen als mancher europäische Staat. Die einzelnen Staaten werden aber vorläufig genug in ihrem Innern zu tun haben.

•

Der Streit um die Beute.

Sofia, 9. Dezember. Mir weist alle angeblichen authentischen Nachrichten über eine Aufteilung der eroberten Gebiete unter den Verbündeten, insbesondere zwischen Bulgarien und Griechenland, als vollständig unbegründet zurück und erklärt, daß die neuen Grenzen der verbündeten Staaten nach Abschluß des Friedens festgesetzt werden würden. Dieser dürfe keineswegs verzögert werden, denn die Balkanstaaten seien entschlossen, keinen Versuch einer Ausflucht der Türkei zu dulden.

Die Stimmung in Serbien.

Wien, 9. Dezember. Der Reichspost telegraphiert man aus Semlin: Die Mobilisierung der gesamten bisher noch nicht in Anspruch genommenen Landsturmmannschaften ist angeordnet worden. Die Einrückungsbefehle lauten auf Stellung innerhalb 24 Stunden. Die unter Waffen stehende, aus dem Feldzuge heimkehrende Mannschaft erhält nur kurze Urlaube in die Heimat. Die Offiziere erhalten gar keinen Urlaub. Alle verfügbaren Werkstätten sind mit der Anfertigung von Winterkleidern für die Armee beschäftigt. Es wird über Hals und Kopf überall gearbeitet.

Weniger kriegerisch wird die Stimmung des serbischen Volkes in einem Bericht des Berliner Korrespondenten der Londoner Westminster Gazette dargestellt. Der betreffende Korrespondent, der vorgibt, Land und Leute in Serbien aus eigener Anschauung zu kennen, schreibt: Serbien wird keine große Schwierigkeiten haben, nachzugeben. Das serbische Publikum ist, abgesehen von wenigen Zeitungen, nicht intensiv erregt. Das Empfinden ist schwach, verglichen mit dem vom März 1909, bevor Serbien in der bosnischen Frage zurückwich. Ein serbischer Politiker hat mir das zugegeben und gesagt, die serbische Regierung habe 1909 bis zuletzt ausgehalten, weil ein Zurückweichen vor Oesterreich-Ungarn die Revolution nach sich zu ziehen schien. Jetzt besteht keine derartige Besorgnis. Die Dynastie hat sich außerordentlich befestigt. Selbst wenn Serbien mit Bezug auf Albanien nachgibt, gewinnt es bedeutend. — Ich bekam den allgemeinen Eindruck, daß die albanesische Frage nicht zu tragisch genommen wird, und daß, wenn Serbien es vielleicht schwer findet, Oesterreich-Ungarn allein nachzugeben, es sich doch allem fügen wird, was einem Mandat der Mächte gleichkommt.

•

Die Haltung Frankreichs.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Rede des französischen Ministerpräsidenten vom letzten Donnerstag über die Balkankrise ist im Auslande meist falsch beurteilt worden. Es wurde allgemein behauptet, Herr Poincaré habe „nichts Neues" gesagt und daß man nachher so klug gewesen wäre wie vorher. Die so urteilen, gehen von der irrtümlichen Meinung aus, Herr Poincaré habe auf die ungeschickte Rede des deutschen Reichskanzlers antworten wollen. Dazu lag kein Grund vor. Herr Poincaré hat sich mit seiner Rede hauptsächlich an die öffentliche Meinung in Frankreich gewendet, die in der Balkankrise sehr widerspruchsvollen Schwankungen ausgesetzt war.

Als die Kriegsgefahr in greifbare Nähe gerückt war, schlug die sonst den kleinen Balkanstaaten so günstige Stimmung plötzlich um. Die kleinen Sparer und die großen Finanziers, die in der Türkei und den anderen Balkanstaaten einige Milliarden stecken haben, wußten, daß sie bei einem Kriege nur verlieren könnten. Deshalb drohte Herr Poincaré im Verein mit Oesterreich, Rußland, England, Italien und Deutschland, die jedes für sich Ansprüche auf die Erbschaft des kranken Mannes hatten, daß der Statusquo aufrechterhalten würde, welches auch der Ausgang des Krieges sein würde. In dem Maße aber als die verbündeten Mächte vordrangen, schlug die Stimmung um. Einmal, weil es ein „französischer" Sieg war. Die „französischen" Kanonen, Gewehre und Kriegsmethoden hatten die „deutschen" Kanonen usw. besiegt. Dann hoffte man, von dem sich immer mehr zuspitzenden Gegensatz zwischen den Balkanstaaten und Oesterreich-Deutschland zu profitieren. Und um diesen Gegensatz weiter zu verschärfen, begann in der großkapitalistischen und Kolonialpresse eine eigentümliche Hetze. Man versuchte Italien und Oesterreich in der albanischen Frage im Gegensatz zu bringen und Rußland scharf zu machen, damit es die serbischen Forderungen gegen Oesterreich unterstütze.

Diesem Treiben hat Herr Poincaré mit seiner Rede vom Donnerstag ein Ende gemacht. Er weiß sehr wohl, daß eine zu große Schwächung der Türkei zu deren völligen Zerfall in Kleinasien führen würde. Da liegt die Gefahr. Denn in Kleinasien haben Frankreich, Rußland und England „Ansprüche", über die sie sich nichts weniger als einig sind. Eine Aufteilung der Türkei in Kleinasien würde zur Zertrümmerung der Tripelentente führen, ganz abgesehen davon, daß der politische Gegensatz zum Dreibund akut würde. Schließlich hat Frankreich mit der Absorbierung Marokkos so viel zu tun, daß es für die nächsten zehn Jahre nicht an einen weiteren Kolonialerwerb denken kann. Herr Poincaré legt sich auch Rechenschaft darüber ab, daß die Hetze, die im Temps und anderen Blättern gleichen Schlages betrieben wurde, ernste Kriegsgefahren im Gefolge hat und daß die französische Bevölkerung nicht zu überzeugen wäre, daß ein serbischer Hafen für Frankreich eine nationale Ehrensache sei, darüber gibt sich kein Mensch irgendwelcher Illusionen hin.

Herr Poincaré hat also gebremst. Das Interessante an den Balkanwirren ist, daß im Verlauf der Krise nur die deutsche und die französische Regierung — wenn auch aus verschiedenen Gründen — stets miteinander einig waren. Herr Poincaré mußte sich erschöpfen, um Rußland zurückzuhalten und England vorwärtszutreiben, während die deutsche Regierung eine ähnliche Rolle im Dreibund spielte. Die Ereignisse haben Herrn Poincaré gezwungen, während der letzten Wochen hinter den diplomatischen Kulissen zu bleiben. Nun sich der Knoten schürzt, ist er wieder hervorgetreten. Man kann zu ihm das Vertrauen haben, daß er im Sinne des Friedens tätig sein wird.

Die Polizeifaust.

Preußisches Dreiklassenhaus.

168. Sitzung. Montag, 9. Dezember, mittags 12 Uhr.

Die Abgg. Schiffer (natl.) und Genossen beantragen einen Gesetzentwurf, wonach beim Oberverwaltungsgericht auf Feststellung der **Ungültigkeit von Polizeiverordnungen** geklagt werden kann; die eventl. Aufhebung ist in derselben Weise bekannt zu machen, wie die Verordnung selbst. Polizeiverordnungen sollen in 25 Jahren erlöschen. Ein zweiter Antrag enthält einen Gesetzentwurf, wonach alle behördlichen Verfügungen die Angabe der zustehenden Rechtsmittel enthalten müssen und falls dies fehlt, die Gültigkeit erst nach der Ergänzung durch diese Angaben beginne. Ein dritter Antrag Schiffer ersucht die Staatsregierung um Sammlung und Sichtung des vorhandenen Rechtsstoffes, um Unklarheiten und Zweifelhaftes zu beseitigen.

Abg. Schiffer-Magdeburg (natl.) begründet diese Anträge mit eindringlichem Hinweisen darauf, daß wir in den Verordnungen und

in der ungeheuerlichen Rechtsunsicherheit ersticken.

Kein Jurist kann heute ohne weiteres sagen, was Recht ist, und da wagt man es, das dem Volke zu verlangen? (Lebh. Zust. links.) Das Oberverwaltungsgericht sieht sich viel öfter als das Reichsgericht gezwungen, dem Publikum bei der Verfolgung seines guten Rechts zu Hilfe zu kommen. Besonders schlimm ist es, die Waffen hierzu dem durch Verordnungen Betroffenen zu verstecken, wie es durch Verschweigung der möglichen Rechtsmittel geschieht. (Beif. links.) Wir haben ja noch mit Hunderten Gesetzen aus dem 17.—18. Jahrhundert zu tun! (Hört! Hört! links.)

In Halle wurde einmal sogar ein Arbeiter auf Grund eines Stadtgesetzes von 1575 verurteilt, weil er am Gründonnerstag irgend etwas Verbotenes getan haben sollte.

(Stürm. Heiterkeit.) Zu den erstaunlichsten Juristenleistungen führt auch die Gesetzesformel: „Alle entgegenstehenden Gesetze sind aufgehoben!" Und was für eine Vielfältigkeit der Publikationsorgane für Verordnungen, noch ohne die Kreis- und Amtsblätter! Wenn jemand alle Polizeiverordnungen kennen lernen wollte, würde er gar keine Zeit mehr haben, sie zu übertreten. (Sehr gut!)

Abg. Böhmer (kons.) gibt eine gewisse Rechtsunsicherheit zu, hat aber doch schwere Bedenken, ob auf die vom Abg. Schiffer vorgeschlagene Art Abhilfe geschaffen werden soll. Das könnte zum Querulantentum führen. Die Durchführung der Sichtung und Abhilfe könnte jahrzehntelang dauern. Ich kenne selbst höchst unpraktische Polizeiverordnungen, aber gibt man jedermann die Anfechtungsbefugnis, wie der Antrag will, so würden sich gewerbsmäßige Anfechter niederlassen usw. Und würde man jetzt alle über 25 Jahre alten Polizeiverordnungen aufheben, so würde ein kolossales Vacuum (leerer Raum) entstehen. Hat denn die ganze Sache nicht Zeit bis zur Verwaltungsreform? (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bell-Essen (Ztr.): Die Anträge sind angebracht und zeitgemäß. Abg. Böhmer hat Schiffer Uebertreibung vorgeworfen, aber leider mit Unrecht. Wer in der Praxis steht, weiß das sehr gut. „Es erben sich Gesetz und Rechte, wie eine ew'ge Krankheit fort." Wir haben eine Konjunktur in Polizeiverordnungen. Die Anfechtung sollte nur Interessenten zustehen. — Ich beantrage Kommissionsberatung der Anträge.

Abg. Brütt (freikons.) äußert auch Bedenken gegen die Anträge, bleibt aber schwer verständlich.

Abg. Dr. Ehlers (Volksp.): Ich verstehe nicht, daß gerade die Gewerbetreibenden so oft nach Polizeiverordnungen rufen. Es ist mit den Polizeiverordnungen so, wie mit den Frauen. Sie beglücken einen sehr leicht, es ist dann aber um so schwerer, sie wieder los zu werden. (Heiterkeit.) Eine Revision aller Verordnungen nach 25 Jahren wäre sehr nützlich. Die Polizei soll die Interessenten mehr befragen, so bei Ueberzeugtstattung, die heute in jeden Einzelfall eingeholt werden muß.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Nicht das Uebermaß an Polizeiverordnungen allein begründet das Mißtrauen des Volkes in unsere Rechtsprechung, sondern vor allem die Kompliziertheit und Zwiespältigkeit unseres ganzen Lebens, die eingreifen in die Gesetzgebung und Rechtsprechung. Aber gewiß steigert die Kompliziertheit unseres materiellen und formellen Rechts diese Mißstände. Es ist wirklich in erster Linie nötig, im Verwaltungsrecht Abhilfe zu schaffen. Wenn die Parteien dieses Bestreben einmütig verfolgen, wird der Staatsregierung schon deutlich gemacht werden, was nötig ist. Wir haben schon wiederholt uns dagegen gewandt, alle Reformen mit Berufung auf die sehr fragwürdige Verwaltungsreform aufzuschieben. Hier teilt auch die Mehrheit dieses Hauses unseren Standpunkt. **Die Mehrheit der preußischen „Untertanen" glaubt nicht mehr an die Verwaltungsreform.** Die Abgg. Schiffer und Brütt haben in der Konstatierung des Mißtrauens der Bevölkerung in unsere ganze Justiz und Verwaltung geradezu revolutionäre Töne angeschlagen. **Das war die schärfste Kritik des herrschenden Systems.** (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Herr Brütt sagte, daß die Ueberfülle der bestehenden Gesetze das Volk in seinem Mißtrauen bestärke. Nun, der Antrag Schiffer will ja nicht neue schaffen, sondern aufräumen. Freilich geht er nicht weit genug, ich sage das nicht, um weiter zu gehen als die anderen Parteien — wir müssen fordern, daß alle Verwaltungsverfügungen nur

auf Grund eines mündlichen Verfahrens

ergehen, in der der Bürger mit den Behörden verhandeln und ihre Motive kennen lernen kann. Dann würden die Verfügungen besser verstanden, aber ebenso viele vermieden werden. Ebenso wichtig ist, daß alle Verordnungen eine Begründung erhalten, daß der Rechtsweg überall zugelassen und schließlich die Duplizität von Zivil-, Straf- und Verwaltungsrechtspflege beseitigt werden, die eine der wesentlichsten Quellen der Rechtsunsicherheit ist. (Sehr richtig! links.)

Auf vielen Gebieten ist die Rechtsmittelbelehrung bereits vorgeschrieben — Polizeistrafverfahren, Arbeiterversicherung — aber hier wendet man die kleinlichsten Gegengründe ein. Wenn man dagegen „Querulantentum" einwendet, so ist das verwerflich, **soll denn der Staat aus der Rechtsunkenntnis des Volkes profitieren?** Das sind Staatshämorrhoidalbedenken, die fürchten, daß die Verwaltungsbeamten in ihrer Ruhe gestört werden könnten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Staat hat vielmehr die Pflicht, das Volk über seine Rechte aufzuklären. Der Antrag beweist, daß unter der Rechtsunsicherheit auch schon die Besitzenden leiden.

In manchen Bundesstaaten und in manchen Gegenden Preußens ist die Rechtsmittelbelehrung längst gesetzmäßig oder gewohnheitlich eingeführt, so im Osten. Das kann natürlich überall geschehen.

Als ich beim Wassergesetz die Rechtsmittelbelehrung vorgeschrieben haben wollte, haben die Nationalliberalen meinen Antrag niedergestimmt. Herr Abg. Schiffer! (Hört, hört! b. d. Soz.)

Besondere Schwierigkeiten entstehen, wie ich öfter dargelegt, aus den Polizeiverordnungen dem Schiffergewerbe. Vielleicht nützt es mehr, daß jetzt von immer weniger verdächtiger Seite (Schiffer) die gleichen Beschwerden erhoben werden. Beinahe hätte ich von dem Antrage des Genossen Schiffer gesprochen (Heiterkeit), so sympathisch ist er mir. Er fordert eine Lebensdauer von Polizeiverordnungen von 25 Jahren, Herr Bell 20, Herr Ehlert 15 — ich als bewährter Sozialdemokrat schlage Ihnen 10 Jahre vor, da spiegelt sich der Radikalismus am besten ab. (Heiterkeit.)

Immerhin fordern Sie hier Dinge, die sie mir beim Wassergesetz selbstverständlich abgelehnt haben.

Wir kennen ja noch gar kein wirkliches Ungültigerklären von Polizeiverordnungen, denn ein solches Höchsturteil gilt immer nur für den einzelnen Streitfall und oft genug hat man solche Verordnungen weiter bestehen lassen!

Es ist vor allem zu begrüßen, daß wir eine Rechtsinstitution bekommen sollen, die bindend über die Gültigkeit von Polizeiverordnungen entscheiden soll. Um das Volk von dem entwürdigenden, schädlichen Druck dieses Systems zu befreien, müßten viel tiefergreifende Maßregeln ergriffen werden. Aber die Anträge sind ein guter Anfang und wurden wenigstens, wenn sie auch den volksfeindlichen Charakter, der auf dem Dreiklassenrecht beruhenden Verwaltung nicht schmälern können, die Kleinlichkeit im Polizeiwesen beseitigen. Wir stimmen ihnen zu. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Wendlandt (natl.): Mit solchen Worten, wie sie der Vorredner diesen ausgezeichneten Anträgen gewidmet hat — „revolutionär" und „Genosse Schiffer" — schadet man nur dieser guten Sache vor dem Hause. (Heiterkeit b. d. Soz.)

Abg. Schiffer (natl.) erklärt in seinem Schlußwort gegenüber der Befürchtung des Abg. Brütt, die Anfechtungen der Verordnungen könnten die Behörden nervös machen, daß die Nervosität des Volkes bedenklicher sei.

Die Anträge gehen an eine 21er Kommission.

Oeffentliche Unterstützung und Landtagswahlrecht.

Abg. Funck (Volksp.) begründet einen Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, noch vor der Aufstellung der Landtagswählerlisten die Ausdehnung des Reichsgesetzes über die Nichteinwirkung von öffentlichen Unterstützungen auf die Landtagswahlen vorzuschlagen. — Die Regierung, die sich trotz feierlicher Versprechung nicht entschließen kann, das in den Augen aller rechtlich denkender Menschen längst gerichtete Wahlrecht abzuändern, hat allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß das schon so verkümmerte Wahlrecht nicht noch weiter eingeschränkt werde. (Beif. links.)

Abg. Böhmer (kons.): Wir stimmen für den Antrag, aber ob das Reichsgesetz in allen Punkten übernommen werden kann, ist uns zweifelhaft.

Abg. Schmedding (Ztr.): Auch wir stimmen für den Antrag, wir haben ja selbst 1909 für den Antrag Hirsch gestimmt.

Die Abg. Lohmann (natl.) und Brütt (freikons.) erklären sich auch für den Antrag.

Abg. Leinert (Soz.) So kurz kann ich mich nicht fassen. Die ganze Frage ist in diesem Haus von uns aufgerollt worden. Der Reichstag hat bei Verabschiedung des Reichsgesetzes den Bundesrat um Ausdehnung der gleichen Grundsätze auf alle Bundesstaaten ersucht. Der Reichskanzler hat dies den Bundesregierungen zur Erwägung überwiesen. Inwieweit hat das der preußische Ministerpräsident getan? 1909 lehnte er unsern Antrag noch ab. In der Wahlrechtsvorlage von 1910 waren einige der reichsgesetzlichen Bestimmungen enthalten, aber lange nicht alle und lange nicht die wichtigsten, so z. B. die Krankenunterstützung des Wählers oder seine Angehörigen aus öffentlichen Mitteln. In der Tat weigern sich Arbeiter ihre kranken Angehörigen in Krankenhäuser usw. zu bringen, um nicht ihr Wahlrecht zu verlieren, jetzt allerdings nur noch zur Gemeinde oder zum Landtag, denn für den Reichstag ist das kein Wahlrechtshindernis mehr. Ein Vertragsabschluß auf spätere Rückerstattung der Kosten kann vielleicht höhere Beamte usw. vom Wahlrechtsverlust befreien, aber Arbeiter können darauf nicht eingehen, man macht sie auch gar nicht erst auf diese Möglichkeit aufmerksam. Wir sind freilich überzeugt, daß die Regierung will, daß die Arbeiter in ihren politischen Rechten geschmälert werden. Machen sie ein solches Gesetz, wie es hier beantragt wird, nicht, so schaffen Sie uns ein neues Agitationsmittel. Der Arbeiter, den die satten Herren im Wahlvorstand vom Wahltisch wegschicken, empfindet diese Schande sehr wohl und wenn die Regierung diese Schande nicht beseitigt, wird sie das Zuströmen der Massen zur Sozialdemokratie nur beschleunigen! (Bravo! b. d. Soz.)

Der Antrag wird angenommen.

Schluß 3/4 5 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Die bevorstehende Lohnbewegung im Baugewerbe

beschäftigt gegenwärtig die einzelnen Gaukonferenzen des Bauarbeiterverbandes. Am Sonntag fand eine solche Konferenz in Berlin für den Gau Brandenburg statt, die von 148 Delegierten aus 118 Zweigvereinen beschickt war. Die Bauarbeiterschutzkommission war durch Heincke, der Zimmererverband durch Knüpfer, der Hauptausschuß durch Dähne und der Hauptvorstand durch Behrend vertreten. Silberschmidt berichtete zunächst von der letzten Geschäftsperiode. Die Lohnbewegungen im Gau seien zum größten Teil mit Erfolg abgeschlossen worden. Ueber die Tarifbewegung im Jahre 1913 sprach Behrend vom Hauptvorstand, der zunächst die Kampfvorbereitungen der Unternehmer schilderte. Doch auch der Bauarbeiterverband sei gerüstet, er zähle über 350 000 Mitglieder. Das Vermögen der Hauptkasse wird am 1. Januar 1913 jedenfalls die 12. Million überschritten haben; hinzu kämen noch die Kassen der Zweigvereine mit über 2½ Millionen. Der Verband der Zimmerer und der christliche Bauarbeiterverband werde den Kampf gemeinsam mit dem Deutschen Bauarbeiterverband führen. Es kommen für die Lohnbewegung im Baugewerbe 1913 über 1042 Verträge für 10 691 Betriebe mit über 335 000 Beschäftigten in Frage. Redner kommt auf die Anregung des Staatssekretärs Delbrück zu sprechen und erklärt, daß in der nächsten Zeit die Hauptvorstände der in Betracht kommenden drei Arbeiterorganisationen in Beratungen eintreten und daraufhin die Antwort erteilen werden. Nach Stellungnahme zur projektierten Erwerbslosen-Unterstützung im Verbande, die keine prinzipiellen Gegner fand, wurde die Konferenz geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191212 11-17/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 9. Dezember 1912.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung brachte wieder den Vorklang einer neuen Fleischerdebatte. Die Reaktionäre wollen Sturm laufen gegen die doch wirklich sehr geringen Maßnahmen, die die Stadt zur Linderung der Fleischnot ergriffen hat. In einer der kommenden Sitzungen wird diesen Herren deshalb der Standpunkt des darbenden Volkes ganz gehörig klar gemacht werden müssen. In der gestrigen Sitzung wurde vorläufig die rückschrittliche Petition des Innungsausschusses, die gegen die Einrichtung städtischer Fleischverkaufsstände gerichtet ist und von der Vernichtung des Fleischerstandes durch den städtischen Fleischverkauf redet, dem Petitionsausschuß zur Vorberatung überwiesen. — Weiter hatte der Bauverein für Kleinwohnungen erneut den Wunsch an die Stadtverordneten gerichtet, ihm das Gelände eines Grundstückes in der Wörthstraße statt für 15 Mk. für 13 Mk. den Quadratmeter zu überlassen. Diese Petition wurde dem Grundeigentumsausschuß überwiesen. Es folgte die Beratung des Millionenprojektes der Voll-Kanalisationsarbeiten am Saaleufer. Der Magistrat legte das spezielle Projekt für den **Bau des Hauptsammelkanals und der Nebenanlagen in der Giebichensteiner Straße** vor. In dem Kostenanschlag sind vorgesehen die Geldmittel: für Herstellung einer zirka 600 Meter langen Ufermauer, den Bau des Hauptsammelkanals auf der Strecke Ochsenbrücke-Kröllwitzer Brücke, für Aufhöhung der Straße mit der Entwässerungsvorrichtung, für Herstellung von Gondellanlegestellen und Geländer, für Beschaffung von Mutterboden und das Anpflanzen der der Stadt für die Straße geschenkten Bäume und für Umänderung der Einfriedigungen. Das Projekt entspricht dem von der Stadtverordneten-Versammlung im März 1910 genehmigten generellen Entwurfe. Die strompolizeiliche Genehmigung liegt zwar noch nicht vor. Die Kosten für den Erwerb des zur Straße entfallenden Landes, für Herstellung der Gas- und Wasserleitungen sowie für die Befestigung der Fahrbahn und Bürgersteige sind in dem aufgestellten Kostenanschlage nicht vorgesehen. Mit Herstellung der Ufermauer soll noch in diesem Herbst begonnen werden. Diese Arbeiten stören den Verkehr nicht, ihre Fertigstellung wird voraussichtlich bis zum Frühjahr erfolgen. Sobald stärkeres Frostwetter nicht mehr zu erwarten steht, und die Hochwasserverhältnisse es zulassen, wird auch der Bau des Kanals in Angriff genommen und möglichst eilig durchgeführt werden. Auch dann soll der Fußgängerverkehr nicht gestört werden. Im Anschluß hieran erfolgt fortlaufend die Auffüllung der Straße auf die festgesetzte Höhe sowie die Einbringung des Mutterbodens für die Bäume. Die Pflasterung der Straße erfolgt erst, wenn die Aufschüttung der Straße und die Baugruben für Kanal-, Gas-, Wasser- und Anschlußleitungen sich etwas gesetzt haben. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung, den Kostenanschlag gutzuheißen und die Mittel von 445 000 Mark zu bewilligen.

Stadtv. Emmer ersuchte dringend, die Arbeiten sofort auszuschreiben. Weniger die durch Frost gefährdeten Maurerarbeiten, als die Anlegung der Baugrube, die in Felsen gesprengt werden müsse, und als Notstandsarbeit im Winter zu erledigen sei. Dann könnte die wirkliche Bauarbeit im Frühjahr flott in Angriff genommen werden. Bei Bauarbeiten im Sommer würden viele der Anlieger sehr großen Schaden haben. Redner fragte weiter, wie die Enteignung des Geländestreifens vom Lehmannschen Grundstück durchgeführt ist. Das interessiere allgemein.

Es gab noch eine längere Auseinandersetzung über die Absicht des Magistrats, die dortigen Straßenausbauunkosten alle aus der Kanalanleihe zu entnehmen. Es wurde ein Antrag angenommen, die Straßenausbaukosten sollten vom Magistrat auf die Anliegerbeiträge und den allgemeinen Straßenbaufonds verteilt werden. Der Referent Gradeband teilte noch mit, daß die Bauarbeiten in der Giebichensteiner Straße nicht in Felsen, sondern in Lehmboden auszuführen seien, was im Winter schwierig wäre. Die Gondelbesitzer würden besondere Anlegestellen in der Störungszeit an der Ziegelwiese zugewiesen erhalten.

Danach wurde die Gesamtvorlage angenommen und der Kostenbetrag bewilligt. Sonderbarerweise bekam unser Genosse Emmer im Laufe der ganzen Auseinandersetzung, an der sich wiederholt Magistratsherren beteiligten, nicht die gewünschte Auskunft über den Stand des Enteignungsverfahrens gegen den Kommerzienrat Lehmann. Traut man sich denn gar nicht mehr über die Angelegenheiten dieses Millionärs zu reden?

*

Zur Erledigung kamen noch folgende Vorlagen: Der Neubau des Reformrealgymnasiums ist soweit vollendet, daß die dringend notwendige Regulierung und Pflasterung der Friesenstraße zwischen Krausen- und Krukenbergstraße erfolgen muß. Der Magistrat hat die Pflasterung der Fahrbahn mit Schlackensteinen und die Befestigung der Bürgersteige mit Mosaikpflaster vorgesehen. Es wurden 15 000 Mk. dafür bewilligt. Die Bauunternehmer Ritter und Bostkugel haben auf ihrem Grundstück Reilstraße 74 einen Neubau errichtet. Fluchtlinienplanmäßig entfällt von dem Grundstück eine 57 Quadratmeter große Parzelle zur Straße. Die Genannten haben sich bereit erklärt, das Land gegen eine Entschädigung von 20 Mark pro Quadratmeter der Stadtgemeinde zu übereignen. Das Angebot wurde angenommen. Bei der im Jahre 1903 erfolgten Bebauung der Grundstücke Reilstraße Nr. 77 bis 79 sind die davor belegenen drei Parzellen von 76 bezw. 26 und 65 Quadratmeter Größe fluchtlinienplanmäßig zur Straße freigelegt worden. Das Land steht noch im Eigentum des jetzigen Besitzers der Grundstücke. Bezüglich zweier Parzellen wurde die Einlösung des Enteignungsvertrages beantragt. Während dieses Verfahrens ist jetzt mit dem Eigentümer des Landes eine Einigung auf der Grundlage des Einheitspreises von 20 Mark erzielt worden; die gleiche Entschädigung wurde den Eigentümern der Grundstücke Reilstraße Nr. 107 bis 110 zugebilligt, was beides von den Stadtverordneten genehmigt wurde. Durch Gemeindebeschluß sind für die Ausbesserung und den teilweisen Umbau des Kanals in der Berliner Straße 12 200 Mark bewilligt worden. Äußerst schwierige Wasserhaltung sowie Auftreten von Triebsand haben aber die Arbeiten verteuert. Als Sicherheitsmaßregel mußten die Tonrohre mit Beton bis zur Scheitelhöhe umhüllt werden. Auch die Zufüllung des alten, baufälligen Kanals erforderte besondere Vorsichtsmaßregeln. Es wurden dafür 1393,16 Mark bereitgestellt. — Für die Hinterbliebenen des verunglückten Arbeiters Thieme bewilligt der Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke vorläufig auf ein Jahr eine Unterstützung in Höhe von 264,15 Mark. Dem Beschlusse wurde zugestimmt. — Der Magistratsantrag, dem Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung 200 Mark zu Prämien für seinen in der Zeit vom 21. bis 23. Juli 1913 hier stattfindenden Bundestag zu bewilligen, wurde angenommen, nachdem sich in einer kurzen Debatte der 2. Vorsitzende der Handwerkskammer, Stadtv. Grecke, mit seiner Scheu vor freien Innungen einen heiteren Reinfall geholt hatte.

Nach einem Antrag des Magistrats wurde auch dem Verband der Kaninchenzüchter für die Provinz Sachsen zu seiner fünften Verbands-Ausstellung, die am 11. und 12. Januar 1913 in Halle a. S. stattfindet, eine Beihilfe von 200 Mark bewilligt.

*

In der geschlossenen Sitzung hatte sich das Kollegium mit der Pensionsregulierung des früheren Depositalkassenrendanten Fritsche zu beschäftigen. Dem F. war in der Zeit vom 1. Oktober 1898 bis 30. September 1912 3060 Mk. Pension zuviel gezahlt worden. Der Magistrat hatte infolgedessen der Versammlung den Antrag unterbreitet, von Fritsche die 3060 Mk. zurückzuverlangen und außerdem an selbigem vom 1. Oktober 1912 ab nur noch eine jährliche Zivilpension in Höhe von 1635 Mk. zu zahlen. Die dem Fritsche alljährlich mehr gezahlten zirka 180 Mk. waren Militärpension, und den städtischen Behörden bei Pensionierung des F. nicht bekannt gewesen. Das Gesetz bestimmt nämlich, daß von den Kommunen eine einem Pensionär gewährte Militärpension von der Zivilpension in Abzug gebracht werden darf. Der Verfassungsausschuß hatte sich mit der Sache befaßt und dahin votiert, daß von einer Rückforderung der 3060 Mk. abgesehen werden sollte, da es zweifelhaft sei, ob bei einer eventuellen Klage die Kommune den Prozeß gewinnen würde. Trotz der Mitteilung, daß der Pensionär ein Vermögen von 150 000 Mark und ein jährliches Einkommen von 6000 Mark habe, trat die Versammlung in ihrer Mehrheit dem Vorschlage des Verfassungsausschusses bei und beschloß, dem F. die 3060 Mk. zuviel gezahlte Pension zu belassen und ihm vom 1. Oktober 1912 ab nur noch 1635 Mk. jährliche Pension zu gewähren. — Der Anstellung des Militäranwärters Emil Langer als Bureaugehilfe stimmte die Versammlung nicht zu, und zwar infolge eines körperlichen Leidens und mangelnden Intellekts, so daß man befürchtete, er sei den ihm übertragenen Arbeiten nicht gewachsen. L. war beim Militär Sergeant gewesen. — Zum Schlusse wurden folgende Veränderungen im Armenpflegerpersonal vorgenommen: im 6. Bezirk wurde an Stelle des ausgeschiedenen Schlossermeisters Müller der Kaufmann Hermann Wiebach, Kleine Ulrichstraße 12, gewählt; im 9. Bezirk tritt an Stelle des ausgeschiedenen Dachdeckermeisters Schnabel der Tischlermeister Robert Günther, Schwetschkestraße 18, im 15. Bezirk wurde für den verstorbenen Fabrikbesitzer Stephan der Rentier Richard Hochheim, Magdeburger Straße 48, bestimmt.

Klassenkampf und — Bildschmuck.

Um den Bildschmuck im Hause ist es heute nicht gut bestellt. Das gilt nicht nur für das Heim des Arbeiters — das oft nur ein sogenanntes „Heim" ist — sondern auch für die Wohnungen der Mittelschichten. Beim Arbeiter sind die Gründe erklärlich: erbärmliches Einkommen, miserable Wohnräume, Beraubung an künstlerischer Erziehung. Der Arbeiterklasse brennt vor allem der Klassenkampf auf den Nägeln. Die Erfolge im Klassenkampfe müssen erst die materielle Möglichkeit eines freundlichen Heims und die soziale Möglichkeit von etwas freier Zeit erringen. Das ist die Grundlage.

Allein der Klassenkampf kann nicht geführt werden von einer niedergeschlagenen, dumpf-verzweifelnden Masse, sondern nur von einer zweckbewußten, willensstarken Klasse, die ihr Ziel klar ausgeprägt in Kopf und Herzen trägt. Deshalb hat gerade die Arbeiterklasse zur Erzielung höchster Kampfesfreudigkeit das dringendste Interesse daran, alle Mittel zu benutzen, die ihr den Kampfeswillen stählen, den Geist wecken, den Mut aufrecht erhalten können. Saugt die lange und schwere Arbeit dem Arbeiter das Mark aus den Knochen, zerrt und frißt die unerbittlich jagende Maschine verhängnisvoll an den Nerven, so muß der Arbeitssklave doppelt sorgfältig die ihm gelassene kärgliche Erholungszeit benutzen. Das Naturgesetz lehrt uns, daß nur durch Gegensätze die Kräfte erhalten und gesteigert werden können. Nur Ruhe kann die Arbeit wieder wecken, nur Entspannung die Spannung wieder verwirklichen. Die Oede und Freudlosigkeit der kapitalistischen Arbeit kann nur durch Freude und geistige Erhebung vor unaufhaltsamer Dumpfheit bewahren. Gerade darum sorgt die Sozialdemokratie durch ihren gewaltigen Kampf für erhebende Momente, für freudige Begeisterung an hohe Ziele. Partei und Gewerkschaften versuchen aber auch in kleineren Dingen positiv zu sein, indem sie durch Bildungsausschüsse die Arbeiter zur Empfänglichkeit für gute Kunst planmäßig zu schulen versuchen. Die Erfolge sind nicht himmelstürmend, sondern müssen im Rahmen der kapitalistischen Herrschaft immer recht bescheiden bleiben.

So ist es auch mit der Ausschmückung des Arbeiterheims. Der Bildungsausschuß kann nur in engen Grenzen zeigen, wie der Arbeiter die zur Ausstattung seiner „vier Wände" verfügbaren Mittel gut anwenden kann. Dem Bilderschund, mit dem skrupellose Agenten gerade die Arbeiterfrauen heimsuchen, kann nur Abbruch getan werden durch Zeigen künstlerisch einwandsfreier, das Schönheitsgefühl weckender Bilder, deren Anblick fördersame Stimmungen auslöst. In der Wandschmuckausstellung im Volkspark (geöffnet täglich von 7 bis 10 Uhr abends) sind die für ein Arbeiterheim geeignetsten Bilder ausgestellt, wobei auf den Preis ganz besonders Rücksicht genommen wurde. Schon für 25 Pf. sind sehr gute und eindrucksvolle Bilder (Meisterbilder des Kunstwarts) zu haben. Als Geschenke eignen sich die ausgestellten Sachen ganz besonders gut.

Der Bildungsausschuß erwartet, daß die weitesten Kreise diese Möglichkeit ausnutzen werden, gute Bilder fürs Haus anzuschen und zu beziehen (durch die Volksbuchhandlung). Die Ausstellung soll noch bis Sonntag geöffnet bleiben.

Kriegervereinshetze gegen liberale Stadtverordnete.

In Dessau ist jüngst der der Fortschrittlichen Volkspartei angehörende Gärtnereibesitzer Gehre von einer Koalition der Fortschrittler und der Sozialdemokratie zum Stadtverordneten gewählt worden. Daraufhin wurde gegen ihn ein anonymes Kesseltreiben inszeniert. Interessant ist ein an den Vorstand des Provinzialvereins ehemaliger Jäger und Schützen in Halle a. S. gerichtetes Schreiben, das das freisinnige Anhaltische Tageblatt im Faksimile zum Abdruck zu bringen in der Lage ist. Dieses Denunziantenstückchen hat folgenden Wortlaut:

„Der Gärtnereibesitzer Friedrich Gehre in Dessau, Mitglied Ihres Vereins, hat sich von der linksstehenden Vereinigung (fr. Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten) als Stadtverordnetenkandidat aufstellen lassen und ist gestern gewählt worden. Hoffentlich dulden Sie diesen Mann nicht länger in Ihrem Verbande. Denn wer sich mit den roten Brüdern verbindet, ist doch nicht Patriot. Der hier am Platze bestehende Militärverein Jäger und Schützen, wo er auch Mitglied ist, hat ihm ein Austrittsultimatum gestellt. Mit kameradschaftlichem Gruß! Ein Mitglied eines hiesigen Militärvereins."

Es ist anzunehmen, daß die Denunziation des edlen Anonymus Erfolg haben wird. Man sieht aus diesem Beispiel wieder, wie es in gewissen Kreisen als ganz selbstverständlich gilt, daß die Kriegervereine politische Tendenzen verfolgen, womit dann dem Angeigesystem gewisser dunkler Ehrenmänner immer wieder Tür und Tor offen stehen. Dieses Anschwärzen bei der Kundschaft, bei den „Kameraden" oder bei den Vorgesetzten, das ist überhaupt die einzige Art, durch die Mißliebige wieder klein gekriegt werden. Aufrechte Männer kann man in Kriegervereinen nicht brauchen.

* **Die Wandschmuckausstellung**, die der Bildungsausschuß im Volkspark veranstaltet, ist täglich geöffnet von 7 bis 10 Uhr abends.

* **Gegen die Schundliteratur** hat der preußische Kultusminister folgenden Erlaß herausgegeben: Die Gefahren, die durch die überhandnehmende Schundliteratur der Jugend und damit der Zukunft des ganzen Volkes drohen, sind in den letzten Jahren immer mehr zutage getreten. Neuerdings hat sich wieder mehrfach gezeigt, daß durch die Abenteuer-, Gauner- und Schmutzgeschichten, wie sie namentlich auch in einzelnen illustrierten Zeitschriften verbreitet werden, die Phantasie verdorben und das sittliche Empfinden und Wollen derartig verwirrt worden ist, daß sich die jugendlichen Leser zu schlechten und selbst gerichtlich strafbaren Handlungen haben hinreißen lassen. Die Schule hat es auch bisher nicht daran fehlen lassen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dieses Uebel zu bekämpfen und alles zu tun, um bei den Schülern und Schülerinnen das rechte Verständnis für gute Literatur, Freude an ihren Werken zu wecken und dadurch die sittliche Festigung in Gedanken, Worten und Taten herbeizuführen. In fast allen Schulen befinden sich reichliche Büchereien, die von den Schülern und Schülerinnen kostenlos benutzt werden können. Aber die Schule ist machtlos, wenn sie von dem Elternhaus nicht ausreichend überstützt wird. Nur wenn die Eltern in klarer Erkenntnis der ihren Kindern drohenden Gefahr und im Bewußtsein ihrer Verantwortung die Lesestoffe ihrer Kinder, einschließlich der Tagespresse, sorgsam überwachen, das versteckte Wandern häßlicher Schriften von Hand zu Hand verhindern, das Betreten aller Buch- und Schreibwarenhandlungen, in denen Erzeugnisse der Schundliteratur feilgeboten werden, streng verbieten und selbst überall gegen Erscheinungen dieser Art vorbildlich und tatkräftig Stellung nehmen, nur dann ist Hoffnung vorhanden, daß dem Uebel gesteuert werden kann. Bei der Auswahl guter und wertvoller Bücher wird die Schule den Eltern wie auch den Schülern und Schülerinnen selbst mit Rat und Tat zur Seite stehen und ihnen diejenigen Bücher angeben, die sich für die Altersstufe und geistige Entwicklung eignen. Zu diesem Zweck werden es sich die Lehrer und Lehrerinnen gern angelegen sein lassen, sich über die in Betracht kommende Jugendliteratur fortlaufend zu unterrichten.

Soweit der Erlaß. Es wäre nur zu wünschen, daß der Kampf gegen die Schundliteratur auch nach der andern Seite geführt wird. So wäre es zum mindesten ebenso verdienstlich, wenn sich einmal ein Kultusminister gegen die Schundliteratur wenden würde, die in üblichen byzantinischen Geschichtsbüchern, mit ihrer verlogenen Geschichtsklitterung, den Kindern in die Hände gegeben wird. Die Lehrer und Lehrerinnen könnten auch hier recht nützliche Arbeit leisten. Vorläufig ist freilich nicht damit zu rechnen, daß sich ein solcher Kultusminister in Deutschland findet, denn die Geschichtsklitterung ist notwendig im Interesse der Staatsraison. Den

Ein immer gern gesehenes Weihnachts-Geschenk!

Meine Kleider-Stoffe zeichnen sich durch besonders gute, erprobte Qualitäten aus, und biete ich mit dem Artikel

Weihnachts-Roben in eleganten Kartons

etwas ganz Hervorragendes zu billigsten Preisen.

Alex Michel

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

4579

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191212 11-17/fragment/page=0006

Eltern, die ihren Kindern gute Literatur in die Hand geben wollen, sei bei dieser Gelegenheit zur Auswahl guter Literatur das Jugendschriftenverzeichnis des sozialdemokratischen Bildungsausschusses bestens empfohlen. In der Volksbuchhandlung werden Bestellungen angenommen.

* **Zu der auffälligen Kündigung des Direktors Jung** vom städtischen Elektrizitätswerk wird mitgeteilt, daß der Herr in eine äußerst günstige Privatstellung übergeht. Er ist zum 1. März nächsten Jahres in das Direktorium der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich berufen worden und gibt somit am 28. Februar seine hiesige Stellung auf. Das seit 17 Jahren bestehende Unternehmen in der Schweiz, das ihm eine glänzende Zukunft gewährleistet, arbeitet mit einem Aktienkapital von 75 Millionen, ist von großen deutschen, schweizerischen, italienischen und französischen Banken gegründet worden und hat seine Drähte über die ganze Welt verbreitet. Als weiterer Grund seines Fortgangs von Halle wird von einer Seite angegeben, daß sich der auf Direktor Jungs Veranlassung gelaufte Dieselmotor nicht bewährt habe. Demgegenüber wird aber versichert, der Dieselmotor läuft tadellos und bewährt sich ausgezeichnet. Die beiden neuen Dieselmotoren, die demnächst zur Aufstellung kommen, erhalten sofort die Verbesserungen, die an dem schon in Betrieb befindlichen getroffen worden sind, und werden vollauf die gehegten Erwartungen erfüllen. Es heißt deshalb jetzt, daß der jetzt endlich gekündigte sehr sonderbare Vertrag mit der Eisenbahn zu Differenzen in der Verwaltung führte und daß versteckte Vorwürfe wegen gelegentlicher Stockungen in der Leistungsfähigkeit des Werkes den Direktor veranlaßten, die glänzende private Stellung doch anzunehmen.

* **Stadttheater.** Die nicht abgeholten Billetts zur Volksvorstellung Mittwoch nachmittag 3½ Uhr Hänsel und Gretel von Humperdinck werden an der Kasse an jedermann abgegeben. Abends letzte Vorstellung von Alt-Heidelberg mit Schülerkarten an der Tages- und Abendkasse. Beginn 8 Uhr. Donnerstag gibt das diesjährige Weihnachtsmärchen Wie Klein-Else das Christkind suchen ging zum ersten Male in Szene. Besondere Sorgfalt ist, wie in früheren Jahren, auf die Ausstattung der Tänze und Gruppierungen, die die bewährte Balletmeisterin Frau Adele Stahlberg-Wiest einstudiert hat, verwandt worden. Den Höhepunkt des Abends werden das Tier-Ballett im Walde und das Nixen-Ballett auf dem Grunde des Meeres bilden.

* **Einen Spitteler-Abend** veranstaltet der Halesche Dürerbund am Mittwoch, den 11. Dezember, 8¼ Uhr in der Tulpe. Wir weisen nochmals auf diesen Abend hin, der insofern allgemeines Interesse verdient, als er einen künstlerisch und literarisch gleich wertvollen Vortrag vermittelt. Der Dürerbund hat zu diesem Abend Herrn Gerd Gustav Fricke, Mitglied des Deutschen Theaters zu Berlin, gewonnen. Der Name des jungen Künstlers ist in Halle bereits bestens bekannt. (Karten zu 55 Pf. und 1,55 Mk. in der Hofmusikalienhandlung von Heinrich Hothan.)

* **Unfall bei der Arbeit.** Beim Anmachen eines Kronleuchters stürzte gestern abend der Elektromonteur Kittel, Schillerstraße wohnhaft, in der Bernburger Straße so unglücklich von der Leiter, daß er besinnungslos liegen blieb. Er erholte sich bald wieder und klagte aber über die Hüfte, wo er aufgeschlagen war. Er begab sich in ärztliche Behandlung.

* **Von der Straße.** Ein landwirtschaftlicher Arbeiter wurde in der Merseburger Straße krank und hilflos aufgefunden. Er wurde mittels städtischen Krankenwagens der Klinik zugeführt. — Eine Arbeiterin wurde in der Sternstraße im betrunkenen Zustande auf dem Bürgersteig liegend angetroffen. Sie wurde bis zur Ernüchterung in Schutzhaft genommen. — Ein Radfahrerzusammenstoß ereignete sich heute morgen kurz vor ½7 Uhr in der Merseburger Straße, indem sie sich gegenseitig in die Felgen fuhren und überschlugen. Der Radler Röm, Meckelstraße, trug klaffende Wunden am Kopfe davon, außerdem wurde sein Rad vollständig zertrümmert. Er nahm sein Rad und ging zu einem Arzt.

* **Die Feuerwehr.** Gestern abend wurde die Feuerwehr nach der Kohlschütterstraße gerufen, woselbst an einer Baubude von Kindern zusammengetragene Teerpappenreste und Abfälle angezündet waren und Rauch verursachten. Schaden ist nicht entstanden. — Ferner wurde die Feuerwehr nach der Forsterstraße zum Aufheben eines Pferdes gerufen.

* **Diebstähle.** Am 4. November 1912 wurde Kindern vor dem Grundstück Harz 5 von einem erwachsenen Knaben ein graugestrichener Handleiterwagen übergeben. Der Eigentümer des letzteren wolle sich bei der Kriminal-Abteilung, Dreihauptstraße Nr. 6, Zimmer 18-19, melden. Am Sonnabend vormittag wurden in der Volksschule am Böllbergerweg zwei Frauen dabei abgefaßt, als sie auf dem Korridor der Mädchenabteilung Paletots und Mützen stahlen. Ihre Namen wurden festgestellt.

Ammendorf. Wahlerfolg. Bei der Gemeinderatswahl wurde der Genosse Mitsching einstimmig gewählt. Die Gegner beteiligten sich nicht an der Wahl.

Allerlei.

Schneestürme und Kälte in Amerika.

Starke Schneestürme sind über Neuyork und Umgegend niedergegangen. Es herrscht eine für die jetzige Zeit abnorme Kälte.

Die am Sonntag in Neuyork eingetroffenen Schiffe melden, daß im nördlichen Teile des Atlantischen Ozeans heftige Stürme geherrscht haben. Der Dampfer St. Paul von der American Line und der Dampfer Minnesota von der Atlantischen Transportgesellschaft haben während der Fahrt über den Ozean schwere Beschädigungen erlitten. Die Kabinen für drahtlose Telegraphie sind auf beiden Schiffen zerstört worden. Auch die Geländer der Kommandobrücken wurden durch die stürmische See hinweggerissen. Auf dem St. Paul wurde ein Passagier vom Sturm über Bord geschleudert. Er konnte zwar von den Mannschaften noch gerettet werden, hatte sich aber durch den Sturz den Arm gebrochen.

Brandunglück.

In Kostroma (Rußland) brach in einem dichtbewohnten dreistöckigen Hause des Arbeiterviertels nachts ein Brand aus. Ein Arbeiter und ein Mädchen kamen in den Flammen um. Von den übrigen Bewohnern des Hauses, die sich durch das Fenster retteten, erlitten viele schwere Brandwunden.

In den Werken der Brankaer Eisenwerke Aktiengesellschaft brach heute abend in einer Werkstatt ein Brand aus, der bald größeren Umfang annahm. Zurzeit ist es noch nicht gelungen, das Feuer zu lokalisieren.

Sechs Kinder ertrunken.

In Faulbach bei Aschaffenburg spielten am Sonntag abend sieben Mädchen im Alter von 7 bis 12 Jahren auf einem zugefrorenen Weiher in der Nähe des Mains. Die kaum zwei Zentimeter dicke Eisdecke brach durch und sämtliche Mädchen fielen ins Wasser. Sechs Mädchen ertranken; das siebente konnte von seinem Bruder gerettet werden. Die Leichen wurden bald darauf geborgen.

Zusammenstoß zweier Torpedoboote.

Im Kieler Kriegshafen stießen beim Anlegen an der Kibeberger Brücke die Torpedoboote S 64 und D 7 zusammen. Das letztere Fahrzeug wurde im Maschinenraum leck. Durch das Eindringen des Wassers entstand im unteren Kesselraum eine Explosion. Fünf Mann der Besatzung wurden verbrüht. Das beschädigte Torpedoboot wurde schwimmend erhalten und in die Werft zur Eindockung gebracht. S 64 ist ohne nennenswerten Schaden davongekommen.

Letzte Nachrichten.

Glänzender Stadtverordnetenwahlerfolg in Plauen.

Plauen (Vogtland), 9. Dezember. Bei der Stadtverordnetenwahl gab die Sozialdemokratie die Antwort auf die infame Wahlentrechtung. Trotz fünfklassigem und Pluralwahlrecht wurden sechs Sozialdemokraten in das bisher sozialistenreine Stadtparlament gewählt. In der ersten Klasse, in die die entrechteten Arbeiter zusammengedrängt wurden, erhielten wir 2403 bis 2417, die Gegner 364 bis 395 Stimmen. Auch in der zweiten Klasse brachten wir drei Mann durch, die Gegner nur einen.

Die Friedensverhandlungen.

London, 10. Dezember. Die Friedensverhandlungen werden nicht, wie anfänglich in Aussicht genommen war, am Freitag, den 13. Dezember, beginnen, sondern erst am Montag, den 16. d. M., ihren Anfang nehmen. Diese Hinausschiebung der Friedensunterhandlungen ist auf die ablehnende Haltung Tewfiks zurückzuführen, der sich geweigert hatte, die türkische Regierung auf der Botschafterkonferenz zu vertreten. Die kürzlich aufgetauchte Nachricht, daß die Botschafterkonferenz in Paris abgehalten werde, bestätigt sich nicht. Es scheint im Gegenteil immer wahrscheinlicher, daß die Zusammenkunft im Foreign Office stattfindet.

Valona für die Engländer?

Paris, 10. Dezember. Dem Matin wird aus Belgrad telegraphiert, in politischen Kreisen sei das Gerücht verbreitet, daß die Balkanverbündeten nach Unterzeichnung des Petroleum- und Holzlager sowie Brennereianlagen versichert Friedensvertrages im Einvernehmen mit der Türkei den Hafen von Valona den Engländern anbieten würden, da diese die in der Frage der Autonomie Albaniens am wenigsten interessierte neutrale Macht seien. Diese Lösung würde die Handelsbeziehungen Albaniens zu den Balkanländern erleichtern und jede Gefahr einer Annektierung Albaniens durch Oesterreich-Ungarn hintanhalten. Andererseits würde hierdurch das Mißtrauen Oesterreich-Ungarns beseitigt werden, da England ja ohnehin eine Mittelmeermacht sei.

(Dieses Gerücht wird wohl für immer ein — Gerücht bleiben. Red.)

Ministerwechsel in Oesterreich.

Wien, 10. Dezember. In politischen und militärischen Kreisen erregt die gestern in später Abendstunde bekannt gewordene Nachricht, daß der Kriegsminister General von Auffenberg Kaiser Franz Joseph seine Demission überreicht und der Kaiser diese angenommen hat, große Sensation. Zu seinem Nachfolger ist der Sektionschef im Kriegsministerium, Feldzeugmeister Krobatin, ernannt worden. Der Rücktritt des Generals von Auffenberg erfolgte aus persönlichen Gründen, angeblich wegen eines Konfliktes mit dem Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand. Gleichzeitig erfolgte auch der Rücktritt des Chefs des Generalstabes, von Schemua von seinem Amte, dessen Leitung Schemuas Vorgänger, Armeeinspektor Freiherr von Höhendorff, übernimmt. Feldmarschall-Leutnant Schemua tritt in den Ruhestand, während General von Auffenberg an Stelle des Freiherrn von Höhendorff zum Armeeinspekteur ernannt wird.

Kriegsversicherungen.

London, 10. Dezember. Die Times schreibt: In Londoner Privatversicherungskreisen ist man überrascht über den Umfang, wie an der galizischen Grenze von Oesterreich-Ungarn das Privateigentum gegen Kriegsgefahr und innere Unruhen versichert wird. Seit vielen Tagen sind worden, und noch gestern gingen Aufträge ein. Das Geschäft wird als das umfangreichste bezeichnet, das je gegen das Aufkommen eines Krieges geschlossen wurde.

Großfeuer.

Frankfurt a. M., 10. Dezember. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Monreal: In einem Stadtviertel von Winnipeg (Kanada) wütet ein Großfeuer. Der Schaden wird auf rund eine Million Dollars geschätzt.

*

Nehau, 10. Dezember. Durch Heißlaufen eines Lagers entstand gestern abend in der v. Arnimschen Holzwollfabrik ein Großfeuer, das die umfangreichen Gebäude nebst Schneidemühle und Schuhfabrik vollkommen einäscherte. Eine große Menge von fertigen Fabrikaten und Holzvorräten ist mit verbrannt. Der Schaden wird auf eine Million Mark geschätzt. 150 Arbeiter wurden durch den Brand brotlos.

Eisenbahnunglück.

Worms, 10. Dezember. Heute vormittag 6½ Uhr fuhr der Personenzug von Monsheim bei der Einfahrt in den Bahnhof Worms auf eine Rangierabteilung. Der Heizer des Zuges wurde schwer, zehn Reisende wurden leichter verletzt. Ursache: vorzeitige Signalstellung.

Wie Proletarier sterben.

Neustadt (Koburg), 10. Dezember. Um sich während der Nacht vor Kälte zu schützen, brannte gestern abend der städtische Arbeiter Ferdinand Grempel, der mit seiner aus sechs Köpfen bestehende Familie ein ihm von der Stadt zur Verfügung gestelltes kleines Zimmer (!) bewohnt, einen Koksofen an und begab sich dann zur Ruhe. Als heute morgen die zwölfjährige Tochter erwachte, fand sie ihren Vater und die beiden Brüder im Alter von 16 und 15 Jahren tot und ihre Mutter und die beiden Schwestern bewußtlos vor. Aerzte und Sanitätskolonne befinden sich an der Unglücksstelle und machen Wiederbelebungsversuche.

Briefkasten der Redaktion.

H. Sch., Torgau. Es war uns leider nicht möglich, die gewünschte Adresse zu ermitteln.

„Unsere Marine"
23 Cigarette
Was sie gibt ist Genuss
*1538
Georg A. Jasmatzi A.-G.
Grösste deutsche Cigarettenfabrik
Dresden.

Cocosa
feinste
Pflanzen-Butter
MARGARINE
Unübertroffen bestes Butter-Ersatzmittel der Gegenwart. Wohlschmeckend nahrhaft und bekömmlich. — Ueberall erhältlich.
Alleinige Fabrikanten: Holl. Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rhld.)
*728

Waschgefäße, Backtröge, Mulden, Kuchenbretter verk. billig Otto, Geiststr. 49. 4328

Wenig gebrauchte Laden-Einrichtung, echt Eiche, 4586 passend für Manufaktur- u. Konfektions-Geschäft, 5 Warenschränke mit Jalousie, Ladentische, 2½—3 m lang, mit Eichenplatte, Fachregale, Kali.-Regale, Standwagen verkauft Friedrich Peileke, Geiststraße 25.

Makulatur verkauft Hallesche Genossensch.-Buchdr.

Als Weihnachtsgeschenk erhält jeder Käufer bis Weihnachten auf ein 4584 Plüschsofa ein Sofakissen gratis.
Möbel-Ausstattungen große Auswahl und spottbillig. Plüschsofas von 50 Mark an, Chaiselongues von 28 Mk. an, Sämtl. Polstermöbel werden in eig. Werkstatt, unt. Leitung eines tücht. Meisters solid u. dauerhaft angefert., u. leiste jede gew. Gar. Magazin für Gelegenheitskäufe M. Gadau Albrechtstraße 43.

Zurückgesetzte Spielwaren!
Ein Posten zurückgesetzte Puppen, Spielwaren und Lagerreste soll spottbillig verkauft werden. 4601
Der Verkauf findet nur Brauhausstraße 30 (Passage) statt. Verkaufszeit von 8—11 u. 2—5 Uhr.
C. F. Ritter, Leipzigerstraße 90.

Extra solide 4603
Schultornister
Schulmappen, Frühstücksmappen, Geldbeutel, Brieftaschen, Zigarrenetuis, beste Leder-Portemonnaies von 50 Pf. an, wirklich solide Hosenträger zu ganz billigen Preisen.
Paul Göldner, Sattlerwarenfabrik, Halle a. S., Leipzigerstr. 79.
5% Rabatt (Rab.-Spar-Verein).

4600
Verlobungsringe, moderne Formen.
R. Klinz Goldschmied, Gr. Ulrichst. 41 gegenüb. Brummer & Benjamin.

Alle Parteischriften empfiehlt die Volks-Buchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

Ansichtspostkarten empfiehlt die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191212 11-17/fragment/page=0007

Parole Dezember! **Walhalla.** Parole Dezember!

Nur noch bis Mittwoch:

Das brillante erfolgreiche **Eröffnungs-Programm** der allbeliebten Dresdner **Viktoria-Sänger.**

Volle Häuser! Bombenerfolg!

Vorausgesetzt! Nur noch kurze Zeit!

Ab Donnerstag ein total neues **Weihnachts-Programm** der Dresdner Viktoria-Sänger. 4595

Tageskasse von 10 bis 1½ u. 4 bis 6 Uhr.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands,

Zahlstelle Müchein.

Den Mitgliedern zur Erinnerung, daß **Sonntag, den 15. Dezbr.,** unsere

Zahlstellen-Versammlung

stattfindet. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Versammlungslokal: **Vereinshaus in Gehlitz.**

*1550 **Die Ortsverwaltung.**

Gewerkschafts-Mitglieder Eilenburgs.

Freitag den 13. Dezember finden im **„Tivoli"**

2 Lichtbilder-Vorträge

statt. **Nachmittags 4 Uhr für Kinder** mit großartig zusammengestelltem Programm. **Abends 8½ Uhr für Erwachsene** mit dem Thema: *1539

Im Steinkohlen-Bergwerk.

Referent: **R. Laube, Leipzig.**

Eintritt für Kindervorstellung 5 Pf., für Abendvorstellung 20 Pf.

Einen interessanten Abend versprechend, ladet die Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige hiermit ein.

Das Gewerkschafts-Kartell.

4581

Automobile

zum Aufziehen, mit kräftigem Uhrwerk, von **1.—** bis **15.—** Mk.

Neue, originelle **Blechspielwaren** mit solidem Uhrwerk, **50** Pfg. und **1.—** Mk.

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipzigerstrasse No. 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Weihnachtsstollen

gelingen Ihnen nur gut, wenn Sie zum Backen meine hochfeine **Edel-Margarine Muldenperle** als Ersatz für Molkereibutter verwenden; denn Muldenperle hat einen sehr hohen Fettgehalt, macht den Stollen geschmeidig und bleibt dieser dann längere Zeit frisch, als wenn Sie mit Molkereibutter backen.

Um auch den ärmeren Leuten zum Weihnachtsfeste das Stollenbacken zu ermöglichen, verabfolge ich vom **10. bis 12. Dezember 1912** 1 Pfd. **Muldenperle** Edel- und Margar. ½ Pfd. **Sella-Blockschokolade** auf für **90 Pf.**

Muldenperle Edel-Margarine läßt sich auch zum Braten, Kochen und vor allem als Brotaufstrich genau so verwenden, wie Molkereibutter. Ueberzeugen Sie sich durch einen Versuch. *1541

Hochachtungsvoll **Alfred Richter, Bockwitz,** Kleinleipzigerstr. 3, neben der Schule.

Ein stets gern gesehenes Geschenkwerk

von wirklichem Wert bildet das rühmlichst bekannte und ausserordentlich viel gekaufte Buch des Hamburg. „Tierkönigs"

Carl Hagenbeck,

„Von Tieren und Menschen"

Erlebnisse und Erfahrungen.

Das beinahe in 100 000 Exempl. erschienene und mit über 100 Bildern geschmückte Buch ist in einer wohlfeilen Ausgabe für **Mk. 6.—,** in einer gediegenen Ausstattung, in elegantem Leinenband, jetzt jedem Bücherfreunde erreichbar. — Doch ist denjenigen, die sich das Buch in einzelnen Lieferungen zu beschaffen vorziehen, durch die Lieferungsausgabe die Möglichkeit geboten, für **wöchentlich 25 Pfg.** in den Besitz des wertvollen Buches zu kommen, indem sie jede Woche ein **Heft** für 25 Pfg. erwerben. — Bestellungen für das vollständige sowie für das in Heften erscheinende Werk nehmen entgegen unsere Austräger und Filialen, sowie die

Volksbuchhandlung Halle a. S.

Harz 42/43.

Tibet-Boas, Muffe usw.

*1544 *färbt tiefschwarz und farbecht*

„Union" Färberei u. chem. Reinigungs-Anstalt F. Geilen.

Unsere Schaufenster Gr. Steinstrasse 34 u. Geiststrasse 29 bitten wir zu beachten.

Warme Winter-Joppen

für jeden Stand, für jeden Zweck,

glatte Fassen und Sport-Formen.

Meine Preise:

M.	4.25	5.75	6.50	7.50
M.	8.50	9.50	10.00	11.50
M.	12.50	13.50	15.00	17.50

Knaben-Joppen

aus prima Loden-, Ulster-, Paletots-Stoff-Resten gefertigt, **bedeutend unter Preis!**

Spezialität der Firma: Prima Winter-Hosen

— auch für korpulente Figuren. — 4596

Julius Hammerschlag

36 Gr. Ulrichstr. 36. Mitgl. d. Rab.-Sp.-Ver.

---

*1305

Michel

Michel—Brikets

anerkannt beste Marke.

Alleinvertreter für Halle und Umgegend

Hallesches Kohlen- und Brikett-Kontor

Halle a. S., Merseburgerstr., Ecke Schmiedestr. Tel. 3939.

Um unserer werten Kundschaft entgegenzukommen, geben wir auf vielseitigen Wunsch von heute ab auf **sämtliche Waren** Rabatt-Spar-Marken des Hall. Rab.-Spar-Ver. Die von uns bisher verausgabten Rabatt-Marken lösen wir von unserer w. Kundschaft bis 15./12. ein. Die noch im Umlauf sich befindlichen Gutscheine auf unsere Hausmarke werden sämtlich im Monat Januar 1913 eingetauscht. *1547

Ferner empfehlen wir unsere Spezialmarken Margarine:

Hausmarke	ℳ 98 Pfg.	Sämtl. Backartikel vom Besten das Beste zu billigsten Preisen. Täglich fr. gebrannte Kaffees aus eigener Rösterei, Pfd. 1.60 ℳ bis 2.20 ℳ. Kakao, Tee, Weine u. Liköre in großer Auswahl.
Aromin	ℳ 95 Pfg.	
Sanella	ℳ 90 Pfg.	
Tipp-Topp	ℳ 85 Pfg.	
Namenlos	ℳ 80 Pfg.	
Echte Wagner	ℳ 75 Pfg.	

Fernruf 2568. **Gebr. Raue,** Albrechtstr. 46, Ecke Geiststraße.

Mitglied d. Hall. Rab.-Spar-Vereins.

Alle Arten Spielwaren in grösster Auswahl

4602 zu billigen Preisen.

Theodor Lühr,

Halle a. S., Leipzigerstr. 94.

Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Billig! 2570 **Billig!**

600 neue und getragene, feine **Herbst- und Winter-**überzieher, Mäntel, Pelze, Joppen, neue u. gebr. Militärstiefel u. -Schuhe, Schuhwerk jeder Art nur bei **Schleich,** Alter Markt 34.

Solide Familien

erhalten sämtliche Wäscheartikel, Gardinen, Kleiderstoffe etc. etc. in nur reeller Ware, auch auf **Teilzahlung** 3971 bei **Fr. Gronau,** Barfüßerstr. 16, Wäschefabrik u. Versand-Geschäft.

Warum

wollen Sie einen Sprechapparat von außerhalb beziehen; ich biete Ihnen dieselben Vorteile, event. noch mehr; kommen Sie nur mit Ihren Wünschen. Apparate auf Teilzahlung ohne Erhöhung von 22 Mk. an. 4430 Kulanteste Bedienung.

Hall. Musikhaus, Alte Promenade 10.

Gelegenheitskauf

in neuen **Damen-Pelzboas,** wie Skunks, Waiapp, Nerzmurmel, Mufflon etc. **Kl. Ulrichstraße 15.** Ein- u. Verkaufsgeschäft. 4270

Dank.

Anläßlich unserer **„Silber-Hochzeit"** sagen wir hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Turnverein Halle-Kröllwitz und dem Lotterieverein Einigkeit für alle Ehrungen und Spenden unsern herzlichsten Dank. 4591

Hermann Hölzer u. Frau geb. Portius.

Billig!! 4604

Wegen übergroßem Lager u. um Platz zu schaffen anfangs 9/9 **10% Rabatt** bis auf weiteres

Waschwannen St. 1, 4, 5, 10, 12 M., Badewannen St. 5½, 4, 4½, 5 M., Zeber, Waschböcke, Brühkübel in nur guten Hölzern und dauerhaft gearbeitet.

500 Stck. Eimer, Gebpr. 18 Ltr. a. St. 60, 75, und 90 Pfg., so lange wie jetziger Vorrat.

Zur Weihnachtsbäckerei: Große Lager Backmulden, Backtröge 2c.

150 Stck. Kuchenbretter mit Leisten v. 1.500 M. an.

Lagerbestand in Böttcherwaren über 1000 Stück.

Böttcherei Schäferhof 1, dicht am Markt.

Verkauf nur wochentags. Kein Stand auf den Märkten. Gegründet 1878.

Ein Waggon getr. Schaffner-Filzstiefel

ist eingetroffen, und um schnell damit zu räumen, gebe solche in grossen und kleinen Posten billigst ab. *1545

J. Sternlicht,

Tel. 1946. Alter Markt 11.

Gebrauchte Vertikos

u. Kleiderschränke, zurückgesetzte Servierstühle, zur Hälfte des Preises, Plüsch-Sofa, Pfeiler-Spiegel, Damen-Schreibtisch, Bücherschrank, Schreibtisch-Stuhl, Küchenschränke, Bettstelle mit Matratze, alles gut erhalten, verkauft billig

Max Jungblut,

4597 Albrechtstraße 37.

Man achte!!!

Feiserhemd 2.50, Löwenhemd 2.25, Viktoriahose 1.90. Einsatzhemden i. gr. Auswahl. Kamelhaar-Hemden, Hosen, Socken. 4594

Verkauf: Kl. Berlin 2, L.

Nur diese Woche gültig!

30 Bis Mark Delikateß Stör Hering in Milchsauce ½ Pfund **Lachs-** u. Aal 30 Rollmopps m. Gurke u. 1 Pfd. Vollfettkäse u. 1 Pfd. Sprott. **All. auf frei Haus 3.60 M. E. Degener Swinemünde II 117 359.** Ostsee Fischconservenfabrik. *1540

Christbaumschmuck,

Parfümerien und Toilettenseifen

in großer Auswahl empfiehlt 4468

Max Ott, Steinweg 26.

Guterh. Nähmaschine, Federbetten, Möbel all. Art bill. zu verk. 4181 **Kiessel,** Alter Markt 22.

Mittwoch:

Schlachtefest. **Marie Böttcher,** Inh.: **C. Wilke,** Teichstraße 2. 3759

Mittwoch Schlachtefest. **Hecker, Kröllwitz,** Talstraße 20. 4555

Mittwoch Schlachtefest. Paul Bohae. Diemitz, Werderstr. 6. 4583

Ansichts-Postkarten

empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Arbeitsmarkt

Schuhmacher-Lehrling sucht Ostern *1506 **R. Böhme,** Könnern a. S.

Schlosser-Lehrlinge nimmt an **J. Rau,** Kunst- u. Bauschlosserei, Lessingstraße 40. 4561

Aufwartung *1548 für 2—3 Tage wöchentl. **gesucht. Joh. Thurm,** Glauchaerstr. 79.

Dank!

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau, unserer treusorgenden Mutter, Schwieger- und Großmutter

Marie Dietrich,

sagen wir allen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten, unseren herzlichsten Dank. 4582

Der trauernde Gatte nebst Kindern.

Apollo-Theater.

Nur noch 4 Tage, abends 8 Uhr:

„Ich lasse Dich nicht"

4588 romant. Schauspiel i. 5 Akten von Frederic Michelle.

!! Beispiellosser Erfolg !!

Stadt-Theater

in Halle a. S.

Direktion: Geh. Hofrat M. Richards.

Mittwoch, d. 11. Dezbr. 1912:

Nachmittags 3½ Uhr:

6. Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen von 25 bis 65 Pfennig (inkl. Garderobegeld).

Hänsel u. Gretel.

Märchenoper in drei Akten von Engelbert Humperdinck.

Kassenöffn. 3 Uhr. Anf. 3½ Uhr. 4593 Ende vor 6 Uhr.

Abends 8 Uhr:

94. Abonnem.-Vorst. 2. Viertel.

Schülerkarten Mk. 1.30 (einschl. städt. Billettsteuer u. Garderobegeld) an der Tages- u. Abendkasse.

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster.

Kassenöffn. 7½ Uhr. Anf. 8 Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr.

Donnerstag, d. 12. Dezbr. 1912:

95. Abonnem.-Vorst. 3. Viertel.

Mit glänzender Ausstattung an Dekorationen und Kostümen.

Zum 1. Male:

Novität! Novität!

Wie Klein-Else das Christkind suchen ging.

Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 8 Bildern von Th. Lehmann-Haupt. Musik von Julius Laubner.

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 9. Dezbr.

Aufgeboten: Rentner Schreiter und Helene Stoge (Ehrenz und Hochstraße 6). Arbeiter Riedel und Berta Nagel (Saalberg 2). Kaufmann Bauer u. Luise Moritz (Meckelstraße 20 und Lessingstraße 27). Schmied Gehrke und Marie Geßner (Sagisdorferstr. 6 und Alter Markt 3). Arbeiter Haßengier und Luise Boße (Wansleben und Dadersheim). Maurer Tscharnike und Emma Gruhne (Schortau). Steindruckergehilfe Lebelt und Wilhelmine Köhler (Halle und Dresden). Bauschlosser Fritsche und Anna Jseroth (Dölau und Böhmitz). Materialwarenhändler Becker u. A. Koplin (Quenstedt). Feuerwehrmann Lange u. M. Schaat (Halle und Völlberg). Arbeiter Gale u. A. Kühne (Misburg u. Heldorf). Arbeiter Löhrs und A. Rostalsky (Morl).

Eheschließung: Ingenieur Graichen und Helene Tenner (Erfurt und Mittelstraße 6).

Geboren: Arbeiter Köppe S. (Merseburgerstr. 65). Schneider Heinrich Tocht. (Wörmlitzhöhe 44). Rittergutsbesitzer v. Alvensleben aus Schochwitz T. (Klinik). Verwalter Schmiedel T. (Böllbergerweg 30). Arbeiter Wagner T. (Schmiedestraße 26). Schlosser Blumenschmidt T. (Dieskauerstraße 16). Arbeiter Schoch S. (Große Klausstraße 26). Werkmeister Sparmann S. (Huttenstr. 6).

Gestorben: Witwe Damme geb. Köppel, 71 J. (Grafenweg 5). Witwe Wsau geb. Döpelhauer, 36 J. (Saalberg 23). Amalie Völkerling, 74 J. (Beesenerstr. 10). Witwe Görling geb. Arzt, 60 J. (L. Wuchererstraße 57). Kaufmann Teller, 74 J. (A. d. Schwemme 4). Zimmermann Wohlfahrt a. Erdeborn, 20 J. (Klinik). Arbeiters Theuring S., 9 Mon. (Hirtenstraße 3). Bergarbeiters Otto aus Seeben Tocht., 5 Monat (Klinik). Lokomotivheizers Fritsch T., 2 M. (Reideburgerstr. 6). Eisenbohrer Glaser, 78 J. (Schwetzkestr. 7). Kaufmanns Alexander S., totgeb. (Herrenstr. 20). Witwe Mutt geb. Storch, 71 J. (Grafenweg 10). Invalide Dauer, 80 J. (Anhalterstraße 7). Kirchendieners Kien Ehefr. Auguste geb. Wolf (An der Marienkirche 1). Generalmajor z. D. u. Rittergutsbes. v. Alvensleben a. Schochwitz, 68 J. (Bergmannstrotz).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a) 9. Dezember.

Aufgeboten: Diener Osterlod und Emma Becker (Kirchtor 7 und Rainstr. 18). Cand. phil. Nordmann und Auguste Jurgahn (Hermannstraße 4). Maschinentechniker Mielert und Gertrud Kolbe (Berlin und Bismarckstr. 21).

Geboren: Arbeiter Schulze T. (Saalwerderstr. 9). Lokomotivführer Schröder T. (Hardenbergstraße 3). Schlosser Diedrich T. (Burgstr. 22).

Gestorben: Reisenden Seifert T. 2 J. (Geiststr. 56). Arbeiters Schmidt T., 13. (Albanikatenweg 28). Geh. Medizinalrat, Prof. Dr. med. Genamer, 61 J. (Heinrichstr. 19). Bürogehilfe Koch, 23 J. (Eichendorffstr. 16). Bahnarbeiters Germann T. 10 Mon. aus Gera (Nervenklinik).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191212 11-17/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 289 Halle a. S., Mittwoch den 11. Dezember 1912 23. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

61. Sitzung. Montag, den 9. Dezember 1912, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Lisco, Kühn.

Der Gesetzentwurf über den Zusammenstoß von Schiffen sowie über die Bergung und Hilfeleistung in Seenot wird in dritter Beratung debattelos angenommen.

Dann wird die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den

Verkehr mit Leuchtöl (Petroleumvertriebsmonopol)

fortgesetzt.

Abg. Graf v. Westarp (k.): Wir stehen dem Gedanken des Gesetzentwurfs sympathisch gegenüber. Unter keinen Umständen darf aber eine Verteuerung des Petroleums eintreten. (Hört! hört! links.) Ob wir dem Entwurf werden zustimmen können, hängt von seiner Gestaltung in der Kommission ab. Gegen die Verquickung der Vorlage mit der Veteranenbeihilfe haben wir grundsätzliche Bedenken; wir können Reichssteuern für bestimmte Zwecke nicht billigen. Wenn wir uns auch in der Fürsorge für die Veteranen von niemandem übertreffen lassen (Zustimmung rechts), so kann uns diese Frage doch nicht beeinflussen bei der Prüfung des vorliegenden Entwurfs. (Bravo! rechts.)

Abg. Rupp (Wirtsch. Vg.) schließt sich in bezug auf die Veteranenfürsorge dem Vorredner an und behält sich die schließliche Stellungnahme seiner Freunde bis nach der Kommissionsberatung vor.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Das Ergebnis der gehörten Leichenreden (Heiterkeit) ist: für die Grundlagen dieses Entwurfes ist im Reichstag nicht bloß keine Mehrheit, sondern nicht einmal eine Minderheit zu finden. (Heiterkeit.) Die Regierung hat das Kunststück fertig bekommen, ihre natürlichen Hilfstruppen in das gegnerische Lager zu treiben. Ich meine die paar hunderttausend Kleinhändler, die seit Jahrzehnten unter der schweren Hand der Standard Oil Company zu leiden haben; dadurch, daß ihnen eine Ausgabe von 30 M. oder 40 M. zur käuflichen Uebernahme der Anlagen zugemutet wird, die ihnen die Standard Oil Company bisher unentgeltlich lieferte und reparierte, hat die Regierung diese meist unbemittelten kleinen Leute gegen sich mobil gemacht. Das einzige, was zugunsten der Vorlage spricht, ist unabhängig von der Regierung vorgebracht worden. Es ist die raffiniert geschickt organisierte Gegenorganisation der Standard Oil Company und ihrer Ahnehner. Sie beweist, was für einen gefährlichen Gegner wir vor uns haben, und daß die Standard Oil Company von der Vorlage eine Interessenschädigung erwartet. Aber die Vorlage kann sehr gut die Standard Oil Company schädigen und gleichzeitig

die Konsumenten schädigen,

dabei aber einem Dritten nützen, nämlich der Gruppe der Deutschen Bank.

Die Debatte hat aber auch das positive Resultat gehabt, daß der Reichstag einmütig in der Standard Oil Company eine schwere Gefahr für unser wirtschaftliches Leben sieht, und diese Erkenntnis ist durchaus nicht chauvinistisch oder nationalistisch gefärbt. Wir alle sehen in der Standard Oil Company die Gefahr, nicht weil es sich um eine amerikanische Firma handelt, sondern um ein Privatmonopol, das uns erdrücken wird. Die Konsequenz wird sein, daß wir auch die anderen Privatmonopole, das Kohlensyndikat, den Elektrizitätstrust mit allen gesetzgeberischen Mitteln bekämpfen müssen. Eine entschiedene Mehrheit ist im Reichstage auch dafür vorhanden, daß das Reich selbst ein wirkliches Reichsmonopol für den Petroleumhandel einrichtet, wenn der Zweck dabei wirklich die Verbilligung des Petroleums und nicht eine verschleierte neue indirekte Steuer ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung mit ihrem Gegengrunde recht hätte, daß Reichsbeamte ein solches Monopol nicht leiten könnten, dann wäre auch die Vorlage gerichtet.

Man darf die Herrschaft des Rockefellertrusts nicht durch die Herrschaft der Deutschen Bank ablösen. Eine Bank ist da, um Geschäfte zu machen, und kann nicht die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichsschatzsekretär hat sich dagegen verwahrt, soweit das bei ihm möglich ist, sogar leidenschaftlich (Heiterkeit), daß der Entwurf bewußt im Interesse einer bestimmten Bank ausgearbeitet sei. Den guten Glauben billige ich selbstverständlich der Regierung zu, aber fühlt denn der Staatssekretär nicht, wie bedenklich diese Entschuldigung klingt. Hat denn die Regierung, gar nicht gemerkt, daß der Entwurf auch nicht anders hätte ausfallen können, wenn er direkt im Bureau der Deutschen Bank gemacht worden wäre. Ich erinnere nur an die 10 Millionen Namensaktien, die der Deutschen Bank und ihren Freunden dasselbe Stimmrecht geben, welches die 50 Millionen — Inhaberaktien haben.

Erfreulich ist die Entschiedenheit, mit der alle Parteien den Versuch zurückgewiesen haben, die Schwächen der Vorlage unter einem sozialpolitischen Mäntelchen zu verbergen. Als beim Zolltarif die Witwen- und Waisenversicherung eingefügt wurde, klang die Sprache der Herren ganz anders. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich, daß das Haus jetzt zu einer besseren Einsicht gekommen ist, und

eine geschlossene Front

bildet in der Ueberzeugung, daß ein schlechtes Gesetz dadurch nicht gut wird, daß man für die Ueberschüsse zum Schluß einen guten Zweck einsetzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erfreulich ist ferner, daß alle Parteien und auch die Regierung den Grundsatz einer Entschädigung für die Angestellten jetzt anerkennen. Als wir das bei der Reichsfinanzreform verlangten, wurde das zurückgewiesen und von der „Deutschen Tageszeitung" als demagogisch gebrandmarkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber nicht nur die Angestellten müssen entschädigt werden, sondern auch die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner muß Vorsorge getroffen werden, daß für diejenigen Angestellten, welche von der Vertriebsgesellschaft übernommen werden, keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eintritt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch für die Angestellten im engeren Sinne ist der Kreis der Entschädigungspflichtigen zu erweitern. Unhaltbar ist auch die Klasseneinteilung für die Entschädigungspflichtigen, nach der z. B. ein 26jähriger, der 4 Jahre im Geschäft ist, die Hälfte seines Gehaltes als Entschädigung bekommt, ein 24jähriger dagegen, der 8 Jahre im Geschäft ist, gar nichts.

Die Kommission, an die die Vorlage geht, gleicht der Höhle des Löwen, es führen viele Spuren hinein, aber keine wieder heraus. Man kann bedauern, daß der erste größere Versuch, ein Privatmonopol zu brechen, wahrscheinlich scheitern wird. Wenn die Regierung sich jetzt am Petroleum die Finger verbrennt (Heiterkeit), so mag sie in Zukunft vorsichtiger sein und mit den Parteien Fühlung nehmen. Der

Kampf gegen die Uebermacht des Privatmonopols

darf nicht aufhören, sondern wird und muß energisch in den nächsten Jahren geführt werden, aber er würde aufs schwerste kompromittiert, wenn er mit einem Gesetz begänne, das unter der Flagge des Reichsmonopols ein neues Privatmonopol schafft. Gerade deshalb sind wir gegen diesen Entwurf (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Colshorn (Welfe) wünscht, daß die Kommission recht schnell arbeiten möge; vor allem müssen die Interessen der kleinen Leute besser gewahrt werden, als es durch die Vorlage geschieht.

Abg. Erzberger (Zentr.): Wenn die Regierung den Kampf gegen die Privatmonopole aufnehmen will, warum bringt sie uns nicht ein Kartellgesetz, das der Reichstag doch einstimmig verlangt hat. In diesem Entwurf steckt der ganz ungesunde Gedanke, etwas monopolisieren zu wollen, was man nicht hat. Irgendeine Garantie, daß die St. O. C. von der Petroleumlieferung für Deutschland ausgeschlossen werden kann und daß die Preise billig gehalten werden können, kann die Regierung nicht übernehmen. Im Gegenteil, eine Ausschaltung der St. O. C. ließe sich nur mit ungeheuren Opfern erkaufen, was eben zu einer Verteuerung der Preise des Petroleums und damit zugleich auch der für Benzin und Schmieröl führen könnte. Schefel ist die Behauptung des „Berliner Tageblatts", das Zentrum sei nur deshalb gegen die Vorlage, weil der Leiter der St. O. C. einige tausend Mark für die Zentrumskasse gezahlt hat. Die Verquickung der Vorlage mit der Veteranenfürsorge lehnen wir rundweg ab. (Beifall im Zentrum.)

Reichsschatzsekretär Kühn: Daß die etwaigen Ueberschüsse für die Veteranenfürsorge verwendet werden sollen, steht völlig parallel mit der Bestimmung, daß die Ueberschüsse der Getreidezölle für die Witwen- und Waiserversicherung Verwendung finden sollen. Daß auch Arbeiter entschädigt werden, ist durch die Fassung des Gesetzes keineswegs ausgeschlossen. Das Gesetz ist zwar schon totgesagt, doch tröste ich mich damit, daß alle Redner Anregungen für die Kommissionsberatung vorgebracht haben.

Abg. Marquardt (natl.) erörtert Einzelheiten der Entschädigungsbestimmungen für die Angestellten.

Abg. Trendel (Zentr.) spricht über das Interesse von Regensburg am Petroleumhandel.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Es folgen

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Bruhn (ant.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt Ungültigkeitserklärung.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Auch die Kommission hat anerkannt, daß in der Verbreitung eines von 11 Amtsvorstehern unterzeichneten Flugblattes, das sich gegen Liberale und Sozialdemokraten richtet, eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung liegt. Die Kommission hat aber lediglich die in den betreffenden Bezirken auf Bruhn entfallenden Stimmen ihm abgezogen und nicht berücksichtigt, daß durch die Beeinflussung viele vom Stimmen für die liberalen und sozialdemokratischen Kandidaten zurückgehalten sind. Berücksichtigt man dies, so wäre Bruhn gar nicht in die Stichwahl gekommen. Deswegen muß seine Wahl kassiert werden.

Abg. Pfleger (Zentr.): Bisher sind immer nur bei amtlichen Wahlbeeinflussungen dem betreffenden Kandidaten Stimmen abgezählt worden, dagegen niemals anderen Kandidaten irgendwelche zugezählt. Täte man das, so käme man ja auch zur reinen Willkür.

Abg. Werner-Herzfeld (Antis.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Bei der Rückständigkeit, die in Preußen herrscht, werden durch amtliche Wahlbeeinflussung viele Leute vom Stimmen zurückgehalten. Zahlenmäßig genau läßt sich natürlich nicht angeben, wieviele. Daß es aber geschieht, ist leider zweifellos, und es reichen sehr wenige Stimmen aus, damit Bruhn gar nicht in die Stichwahl gekommen wäre. Deswegen muß seine Wahl kassiert werden.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Z.) (auf der Tribüne unverständlich) tritt für die Gültigkeit der Wahl ein.

Abg. Fischer (Soz.) erinnert an die Kassierung der Wahlen von Braun und Buchwald, wo amtliche Wahlbeeinflussung gegen die siegreichen Sozialdemokraten geführt war. Um wieviel mehr muß also die Wahl Bruhns kassiert werden.

Die Wahl wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einzelner Freisinnigen für gültig erklärt. —

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Kleine Anfragen, Interpellationen.)

Schluß 6½ Uhr.

Aus der Provinz.

Die Gesundheitspflege in den Kleinstädten und Landgemeinden.

II.

Die leidige Bedürfnisfrage! Daß diese, wo es gilt, Bäder zu schaffen, ohne weiteres bejaht werden muß, ja daß sie in den kleineren Städten und Gemeinden noch mehr zu bejahen ist als in den größeren, liegt klar auf der Hand. Abgesehen davon, daß jedem gesunden Menschen, wie schon erwähnt, wöchentlich mindestens ein Bad zukommen muß, ganz gleich, ob er sich schmutzig oder rein dünkt, ob er eine reinliche oder schmutzige Beschäftigung verrichtet, kommt bei den Bewohnern mittlerer und kleinerer Orte noch als erschwerend hinzu, daß sie außerhalb ihrer Beschäftigung viel mehr dem Schmutz und dem Staub ausgesetzt sind als die Bewohner größerer Städte. Man denke sich bloß die riesige Staubentwicklung in den kleineren Orten während des Sommers. Die Straßen, meist ungepflastert oder nur beschottert, werden meist nicht besprengt und mag es noch so trocken sein. Der Regen hat die Staubbildung zu besorgen, ist der Staub in Schlamm oder Schmutz umgewandelt, so liegt er oft lange, bevor er beseitigt wird und wird inzwischen zu wiederholten Malen zu Staub umgewandelt. Der leiseste Windhauch wirbelt ihn auf und jagt ihn davon, jung und alt belästigend, sofern sie gegen derartige Einwirkungen überhaupt noch nicht abgestumpft sind und das Lästige der Staubentwicklung noch verspüren. Die Bewohner einer größeren Stadt, deren Straßen ausreichend besprengt werden, kennen solche Uebelstände nicht, Kleidung, Schuhwerk und Weißwäsche halten sich viel länger sauber, und auch der Körper ist der Einwirkung des Staubes nicht so stark ausgesetzt.

Die Menschen sind demnach auf dem Lande viel leichter gefährlichen Krankheiten ausgesetzt als in den größeren Städten, die auf Reinlichkeit halten und öffentliche Gesundheitspflege betreiben. Die Krankheitsziffern, die auf dem Lande, in den mittleren und kleineren Städten oft noch höher sind als in den Großstädten, haben neben der schlechten Ernährung und den elenden Wohnungsverhältnissen ihre Hauptursache mit in der ungenügenden Gesundheitspflege seitens der Gemeinden. Wie kann es auch anders sein, wenn in so vielen Gemeinden nicht einmal Badegelegenheit vorhanden ist, um sich von dem so reichlichen Schmutz zu säubern und die Haut elastisch und widerstandsfähig zu machen. Würde den Gesundheitsverhältnissen auf dem Lande die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet wie in den Großstädten, es käme in der Tat schauerliches Material zutage. Vor allem dort, wo sich Industrie angesiedelt hat, ist das Gesundheitsverhältnis sehr schlecht, da es den Arbeitern gar nicht möglich ist, dem Körper so viel Bewegung in guter Luft zu verschaffen, daß alle Gifte ausgeschieden werden.

Die Forderung nach öffentlicher Gesundheitspflege muß also auch in den Landgemeinden und Kleinstädten mit allem Nachdruck erhoben werden. Sie ist hier notwendiger als in den Großstädten. Obenan muß bei dieser Forderung das Verlangen nach öffentlichen Badeanstalten gestellt werden, die mit dem Gesundheitswesen eng zusammenhängen. Dabei muß vor allem der Kinder gedacht werden. Bei dem allgemeinen Tiefstand des Volksschulwesens ist in nächster Zeit gar nicht daran zu denken, daß die Kleinstädte und Landgemeinden Schulbäder errichten, wo sie doch selbst für die Allgemeinheit das Bedürfnis für öffentliche Badeanstalten nicht anerkennen. So sind also schon im Interesse der jungen Generation Volksbäder dringend vonnöten, die freilich ganz besonders der Jugend unentgeltlich offen stehen müßten, damit sie unter Anleitung eines Lehrers oder sonst einer geeigneten Person wöchentlich mindestens einmal ihre Körper erfrischen könnte.

Das tut dringend not. Wie oft müssen die Kinder auch auf dem Lande zu zweit oder zu dritt in einem Bette schlafen, das nur selten frisch bezogen wird. Aller Schmutz wird in dieser Lagerstätte abgelagert. Die Eltern, meist durch Arbeit in Anspruch genommen, können sich der Pflege der Kinder nicht hingeben oder sind nicht genügend bemittelt dazu. Daher aus das grause Elend unter den Kindern auf dem Lande. Bäder für sie wären schon ein wahrer Segen und würden allein ihrer Gesundheit äußerst fördernd und dienlich sein. Bisher wurde in den meisten Landgemeinden der Gesundheitspflege nur wenig Beachtung geschenkt. Man hielt allgemein an der veralteten Anschauung fest, daß es sich auf dem Land besser und gesünder leben ließe. Die Gesundheits- und Sterblichkeitsziffern sprechen aber oft genug das Gegenteil aus. Sie besagen uns mit aller Deutlichkeit, daß auf dem Lande, in den Gemeinden und Kleinstädten, sehr vieles im argen liegt, daß es ebensoviel, oft genug sogar noch mehr zu verbessern gibt als in den Großstädten.

Die wichtigsten Gegenwartsforderungen sind: Größere Aufmerksamkeit der Gesundheitspflege gegenüber, Schaffung von Kanalisation in allen größeren Gemeinden, regelmäßige Reinigung und Besprengung der Straßen, öffentliche Badeanstalten und Freibäder, wo es auch nur möglich ist. Sind diese Forderungen in die Tat umgesetzt, dann wird wirklich die Zeit gekommen sein, wo es sich auf dem Lande besser und gesünder leben läßt. Gegenwärtig kann davon nicht immer die Rede sein.

Die Liberalen und die Landtagswahl.

In einer am Sonntag in Merseburg stattgefundenen Sitzung liberaler Vertrauensmänner des Wahlkreises Merseburg-Querfurt wurde auch Stellung zu der im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahl genommen und schließlich folgende Resolution beschlossen:

„Die Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt richtet an die Regierung, den Landtag und die fortschrittliche Fraktion des Landtages den dringenden Appell, falls eine Wahlrechtsvorlage nicht noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden wird, durch ein Notgesetz wenigstens die geheime Stimmabgabe zu den Landtagswahlen einzuführen. Erfahrungsgemäß steigern sich mit der Schärfe der Wahlkämpfe die wirt-

Neu! American Photo Compagny. G. m. b. H. Neu!

12 Fotografien nur 50 Pfg.

Garantiert haltbar. Wir fotografieren auch Gruppen von 2, 3 und 4 Personen. Fachmännische Ausführung.

Nur Gr. Steinstr. 82.

Einzig in dieser Art bestehendes Geschäft am Platze.

NB. Das Geschäft von C. Barthel befindet sich Barfüsserstrasse 11. 4606

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219121211-17/fragment/page=0009

schaftlichen Opfer und Schädigungen, die den Angehörigen des Mittelstandes und der Arbeiterschaft von politisch Andersdenkenden zugefügt werden und auf die gesetzgebenden Faktoren müßte die moralische Mitschuld an den Schäden des politischen Boykotts fallen, wenn sie diesem nicht durch Einführung der geheimen Stimmenabgabe seinen schlimmsten Nährboden entzögen."

Merseburg. Gewerkschaftskartell. Die letzte Sitzung des Kartells beschäftigte sich noch einmal mit der Volksfurforge und traf die weitgehendsten Vorarbeiten. Sodann gab Genosse Hesselbarth den Bericht von der Maisondskonferenz und gab zu den gefaßten Beschlüssen die notwendige Erläuterung. Einige der Beschlüsse fanden eine sehr pessimistische Aufnahme, und die Debatte bewies, daß man mit der Einrichtung an und für sich zwar einverstanden ist, aber mit der Durchführung absolut unzufrieden sein muß. Zumal die kleinen Städte die Leidtragenden sind. Im Gewerkschaftskichen machte der Vorsitzende auf die Bücher- und Wandschmuck-Ausstellung aufmerksam, wobei angeregt wurde, auch einige Erdgloben mit auszustellen. Ebenfalls bekanntgegeben wurde die am 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr stattfindende Weihnachtsmärchenaufführung für Kinder und Erwachsene. Jedes Kind soll ein Ställchen bekommen. Die neuangeschafften Bibliothekskataloge sollen das Stück mit 15 Pf. verkauft werden. Es werden noch weitere Ankäufe für die Bibliothek vorgesehen. Der alte Kassierer R. hat von den Malern noch Beiträge erhoben; dieselben sollen von demselben wieder zurückgebracht werden. Es fehlten entschuldigt: Bauarbeiter Friedrich, Bäcker May, Lederarbeiter Dietzel; unentschuldigt: Steinsetzer Sorge, Tabakarbeiter Rößler, Bergarbeiter Wasik, Metallarbeiter Verges und Walther viermal. Die nächste Kartellsitzung findet infolge der Neuwahlen erst am 7. Februar 1918 statt.

Naßnitz. Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 1/3 3 Uhr, Distriktsversammlung. Genosse Osterburg-Halle hält einen Vortrag über Gemeindepolitik. Auch kommen noch andere wichtige Angelegenheiten zur Beratung.

Mücheln. Anders überlegt. Bürgermeister Voigt, der bekanntlich die erfolgte Widerwahl abgelehnt hatte, richtete neuerdings an den Stadtverordnetenvorsteher ein Schreiben, worin er seine Abdankung zurückzieht und die Wahl mit Dank für das bewiesene Vertrauen annimmt. Unter den Spießbürgern herrscht über den Entschluß des Stadtoberhauptes natürlich große Freude.

Freyburg. Früher Tod. Das sechs Jahre alte Söhnchen des Steinmetzen Kretschmar wurde in der Scheune seines Großvaters vom Göpel der im Gange befindlichen Dreschmaschine erfaßt und derart an die Wand gedrückt, daß das bedauernswerte Kind nach Verlauf von einer Stunde sein Leben aushauchte.

Eisleben. Der reichstreue Literaturkenner. Die Rede des Generals v. Eichhorn in Saarbrücken hat es manchem „echten Teutschen" angetan und es ist kein Wunder, wenn sie hauptsächlich von solchen Personen verbreitet wird, die wegen ihres vorgerückten Alters die eigne Haut im Falle eines Krieges nicht zu Markte tragen brauchen. Es kommen dann Entgleisungen vor, die für den Betreffenden nicht immer sehr ehrenvoll sind. So wettert der sattsam bekannte Bergbote in seiner letzten Nummer auch gegen die Verweichlichung des Volkes. Zu seiner Einleitung gebraucht der reichstreue Zettelkrabbler den weltberühmten Roman Berta v. Suttner: Die Waffen nieder! Der Bergbotenleitartikler nennt das Werk einen Schauerroman. Er enthalte eine unkünstlerische Aneinanderreihung der krassesten Schilderungen, die den Stempel der Uebertreibung an sich tragen; er habe bei der großen Schar der Flau- und Bangemacher ungeheuren Beifall gefunden. Der Bergbotenschreiber scheint nicht zu wissen, daß das von ihm als Schauerroman bezeichnete Werk vor einigen Jahren mit dem Nobelpreis gekrönt wurde. Es haben also Personen über den literarischen Wert dieses Romans geurteilt, die nach unserer Meinung von Literatur mehr Kenntnis haben, als die journalistische Leuchte des Bergboten. Damit aber noch nicht genug; der Schreiber von Mansfelds berühmtestem Weltblatt schreibt dann noch weiter: Vielfach sind die Schwächen, die innere Hohlheit und die verderbliche Wirkung der Suttnerschen Schriftstellerei gebührend gekennzeichnet worden. In unübertroffener Weise hat dies ganz neuerdings ein hochverdienter General unseres Heeres getan, der Inspekteur der 7. Armee-Inspektion Saarbrücken, Exzellenz von Eichhorn. Wir wollen uns jeder Kritik über diese „Schriftstellerei" enthalten, nur erlauben wir uns zu bemerken, daß ein tüchtiger Armee-Inspekteur noch lange nicht berufen ist, von einem Schützengraben einer bekannten Dame zu reden.

Düben. Feuer. Montag früh 2 Uhr wurden die Einwohner unserer Stadt durch Feuerlärm aus dem Schlafe gestört. Es brannte das Stallgebäude des Ackerbürgers Hartmann in der Neukoßstraße. Das Vieh konnte rechtzeitig gerettet werden. Ueber die Ursache des Brandes ist bisher nichts bekannt geworden.

Schmiedeberg. Eisenbahnwünsche. Auf Veranlassung des hiesigen Gewerbevereins fand hier am Sonntag eine Versammlung von Interessenten jener Städte und Gemeinden statt, die an der Strecke Eilenburg—Pretzsch gelegen sind. Nach längerer Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, erneut eine Eingabe an den Eisenbahnminister abzusenden, in der der weitere Ausbau der Strecke Eilenburg—Pretzsch zur zweigleisigen Vollbahn und deren Fortführung von Pretzsch nach Jüterbog beantragt wird, um somit die Herstellung einer direkteren Zugverbindung von Leipzig nach Berlin zu erreichen. Weiter soll der eingesetzte Ausschuß bei den Eisenbahndirektionen die Bitte unterbreiten, bis zur endgültigen Regelung der Anschlüsse zu den Nachtverbindungen mit der Einführung von Triebwagen einen Versuch zu machen.

Torgau. Parteiversammlung. Heute, Mittwoch, abends 8½ Uhr, wichtige Parteiversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Bericht von der Maisondskonferenz und die Frage: Wie achtet die Kreisleitung die Beschlüsse des Kreistages?

Bockwitz. Aus der Gemeinde. In der letzten Gemeindevertreterfitzung wurde der Mühlgrube die Genehmigung zum Bauen einer Eisenbahnbrücke in der Bockwitz-Plessaer Straße erteilt. Die Genehmigungsdauer erlischt mit der Einstellung des Betriebes. Die Hinterlegung einer Kaution von 800 Mark nebst einer Entschädigungsgebühr von 25 Mk. wurde mit 8 gegen 6 Stimmen beschlossen. Die Uebernahme der Kosten der kommenden Wasserversorgung auf den Gemeindeetat wurde hierauf einstimmig angenommen. Der abzuschließende Vertrag mit der Wasserwerksgesellschaft soll der Genehmigung der gesamten Gemeindevertretung unterliegen. Ein Gesuch, die Begräbniskosten der verstorbenen Witwe Thor aus Gemeindemitteln zu bezahlen, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Außerhalb der Tagesordnung wurde die Errichtung einer Holzwand im Keller des Armenhauses genehmigt. Die notwendige Tieferlegung des Brunnens wurde mit Rücksicht auf die kommende Wasserversorgung dagegen abgelehnt. Die Verlegung und Ausführung der Arbeiten für das Gemeindehaus wurde unsererseits kritisiert. An Stelle der jetzigen Straßenbeleuchtung mit Bogenlampen, soll die Beleuchtung mit Glühlicht in Erwägung gezogen werden. Die Kontrolle des Nachtwächters soll in Zukunft regelmäßiger ausgeübt werden.

— Unfall bei der Arbeit. Der Arbeiter Schwenzer von hier wurde Sonntag früh erheblich verletzt. Der Unfall geschah bei Arbeiten mit einem Flaschenzug auf dem Neubau der Grube Anne Marie. Eine Ueberführung nach dem Krankenhause machte sich notwendig.

Annaburg. Kinder auf Treibjagden! Am Sonnabend wurde hier der 13jährige Sohn des Arbeiters Kettmann, welcher als Treiber mit anderen Schuljungen tätig war, angeschossen. Der Junge erhielt einen Teil der Schrotladung in die Brust und in den Kopf und mußte besinnungslos zum Arzt geschafft werden. Man sieht wieder, wie gefährlich es ist, Kinder auf Treibjagden zu schicken. Uebrigens: warum nimmt man denn nicht die Jünglinge des nationalen Jugendvereins als Treiber? Diese Herren Söhnchen haben erstens einmal die Knallerei sehr gern, und dann könnten sie sich ungefähr vorstellen, wie es in einem „wirklichen" Krieg ist, wenn einem die Kugeln in und um den Kopf sausen.

Raundorf b. A. In der Distriktsversammlung am vorigen Sonntag erstattete Genosse König den Bericht vom Bezirkstag in Halle, der beifällig aufgenommen wurde. Darauf berichtete Genosse Bachmann über die in der letzten Gemeindevertreterfitzung gefaßten Beschlüsse, die nicht ohne Interesse waren. Im Verschiedenen wurde das unsolidarische Verhalten des Arbeiterradfahrervereins Kolonie Raundorf kritisiert und lebhaft bedauert, daß diese Sportsgenossen das der Arbeiterschaft zur Verfügung stehende Lokale nicht unterstützen.

Zeitz. Gefügige Fleischer. Die vom Magistrat getroffenen Maßnahmen auf Verbilligung des Fleisches haben ihren Zweck nicht verfehlt, denn es liegen schon Angebote von Fleischermeistern vor, nach denen das Rindfleisch fast zu denselben Preisen, wie beim städtischen Fleischverkaufe zu haben ist. Es wurde Rindfleisch zu 82 Pf. das Pfund im städtischen Schlachthof in Mengen von ½ bis 3 Pfund verkauft.

Naumburg. Der Bauunternehmer Bräutigam von hier passierte mit seinem Fahrrad die Salzstraße und stieß dabei mit einem Milchfuhrwerk zusammen. Er geriet unter die Pferde und wurde durch Huftritte auf den Unterleib so schwer verletzt, daß er bald nach dem Unfall verstarb.

Dessau. Der verantwortliche Redakteur und die heilen Inserate. Das Landgericht Dessau hat die verantwortlichen Redakteure des Anhaltischen Staatsanzeigers und des Volksblattes für Anhalt sowie drei Frauen wegen Vergehens gegen § 184, 3 St.-G.-B. zu Geldstrafen verschiedener Höhe verurteilt. Die beiden Frauen, die Handel mit Gummiwaren betrieben, hatten in den genannten Blättern mehrfach ihre Waren angepriesen. So hatte die Frau Fr. im Anhaltischen Staatsanzeiger „Frauenbedarfsartikel, Gummiwaren und dergleichen" inseriert. Den verantwortlichen Inseratenredakteur dieses Blattes ist zur Last gelegt worden, sich durch Veröffentlichung dieser Inserate gegen den genannten Gesetzesparagraphen vergangen zu haben. Während die anderen Angeklagten sich bei dem Urteil beruhigt haben, hatte jener gegen das Urteil Revision eingelegt, ihm sei zu Unrecht ein Verschulden zur Last gelegt worden, denn er habe die in Frage stehenden Inserate nicht zu Gesicht bekommen. Das Reichsgericht war der Ansicht, daß das Urteil Klarheit darüber vermissen lasse, ob die fraglichen Inserate dem Angeklagten wirklich vorgelegt sind; es hob deshalb das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück.

Teuere Zeiten!

*1537

Christbäume

in großer Auswahl zu verkaufen. *1542

Hermann Föhse, Radewell, Hauptstrasse 2.

Altheebonbon
von großartiger Wirkung bei Bronchialkatarrh. 4687
¼ Pfund 20 Pfg.
Carl Bock, Breitestraße 1. Markt, i. Turm und Leipzigerstr. 61-62.

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Der beste Ersatz für Oper, Theater, Varieté Konzert. – Nur erste Künstler!

Sie brauchen kein Geld dazu
Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, d. sie im Gegensatz zu den versalteten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — — — Unser trichterloser Apparat ist

das Neueste vom Neuen

und nicht zu vergleichen mit den allgemein auf den Markt kommenden Typen. — Jeder Apparat ist mit der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose versehen, die allein überall mit 20 Mark verkauft wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie an uns monatlich nur 3 Mk., also täglich nur 10 Pfg. zu zahlen.

Die Lieferung erfolgt sofort!

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem fast unzerstörbaren Saphirstift. Keine Plattenabnutzung mehr!

Wir kaufen Ihren alten Sprech-Apparat zurück,
auch wenn er nicht von uns bezogen ist, falls Sie unseren trichterlos. Apparat behalten u. vergüten Ihnen auf Ihrem Konto
20 Mark stehendem laut nebenstehendem Schein. Auf Verlangen liefern wir Ihnen noch eine zweite Schalldose, mit der Sie auch Ihre alten Platten auf unserem Apparat weiter spielen können.

Unser Apparat ohne Trichter hat ein hochfein poliertes Eichengehäuse, geräuschlos arbeitenden Motor, seitlichen Aufzug, sowie Regulervorrichtung. Plattenteller 25 cm Dm.

Bial & Freund
Breslau II, Postfach 345/361

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Firma Bial & Freund in Breslau II, Postfach 345/361

Senden Sie mir einen allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 29 cm großen Pathé-Platten, zu **5 Tage zur Probe.** *Wenn ich die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Sie franko zurückschicke, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose Mark 60.— und für die 10 Pathé-Doppelplatten à Mark 3.30 in* **Mark 3.—** *vom Ablauf der Probezeit beginnend. Erfüllungsort ist Breslau.*

Bei Nichtzutreffen ist der nebenstehende Absatz zu streichen.

Für meinen alten Sprechapparat vergüten Sie mir auf meinem Konto, falls ich ihn innerhalb 5 Tagen nach Erhalt Ihrer Sendung franko abschicke, nach Empfang Mark 20.—. Dieser Betrag wird erst am Schlusse meiner Zahlungen verrechnet.

Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____ Ort u. Datum: _____

_____ Straße Platz Nr. _____

*1510

Wenn die Hallenser

trotz strömendem Regen mit hochglänzenden, geschmeidigen, nicht abfärbenden Schuhen einherkommen, dann schätzen sie besonders ihren wetterfesten Lieblings-Schuhputz

Erdal

schwarz — gelb — braun

*1566 Vertreter: E. Eberwien & Co., Halle a. S. Fernsprecher 1367.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219121211-17/fragment/page=0010